

st r e i f e



43. Jahrgang · Heft 5/2004
Herausgeber: Innenministerium NRW.
www.polizei.nrw.de

IM NRW –
Videoeigensicherung,
Tipps zum richtigen Einsatz

IAF NRW –
Infos zur Lage im Kosovo

Streife – Interview
mit dem Kommissions-
vorsitzenden Dr. Scheu
zur Neuorganisation

ZPD NRW –
Schutzweste, Gefahr
durch falsche Trageweise!



Sparen Sie über 180.- Euro

und genießen Sie die perfekte Qualität vom offiziellen englischen Hofausstatter



Wachsjacke auch in Dunkelblau



**Katalog
GRATIS
anfordern**

5-Sterne-Personal-Garantie

- ★ Höchster Qualitäts-Standard
- ★ Direkt vom Importeur oder Großhandel
- ★ Bis zu 64% Preisvorteil
- ★ Doppelte Garantiezeit
- ★ Einfaches Umtauschen und Zurückgeben

24h täglich persönlich für Sie da

0 180/ 104 0 104

Bestellen ist ganz einfach:

Bitte ausschneiden, in Kuvert geben oder auf Postkarte kleben oder einfach per:

FAX 0 180/ 117 117 1

PERSONAL-BEZUGSSCHEIN mit 20 Tage Umtausch- und Rückgaberecht

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	Einzelpreis €
			Orig. Englische Wachsjacke	99,90
<input type="checkbox"/> Aktueller Personal-Shop-Katalog				GRATIS

Absender (bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr + € 4,- Versandkosten

Name, Vorname

Straße

PLZ / Ort

Geburtsdatum

Lieferung erfolgt gegen Rechnung in Reihenfolge des Bestelleingangs. Bitte keine Zahlungsmittel beilegen. Angebote gelten nur in Deutschland und solange Vorrat reicht.



Abnehmbare Kapuze mit Original Schotten-Innenfutter aus 100% Baumwolle.

Arm-Abschlussbund. Aktiver Schutz vor Wind und Regen.

Strapazierfähiger, weicher Cordkragen. Klassisch in der Form, angenehm und warm auf der Haut.

Spezielle Verschlussklappe Schutz vor Wind, Sturm und Regen.

Innentasche mit Reißverschluss für Ausweis und Kreditkarten

Original Schotten-Innenfutter aus 100% Baumwolle.

Druckknöpfe für einknöpfbare Winterfutter

Reißverschluss verdeckende Windschutzleiste, Wind und Nässe bleiben draußen.

Solider Messing-Reißverschluss in praktischer 2-Weg-Technik.

Praktische Innentasche

*statt 282,70 Personal-Rabatt **-64%**

Personal-Preis

€ 99,90

Art.Nr. siehe Text



Die Original-Wachsjacke aus England

Eine Wachsjacke gehört schon fast zum guten Ton. Entscheiden Sie sich für die „Echte“, die original englische Wachsjacke. Sie hat sich im

verregneten England tausendfach bewährt und wird sogar vom Königshaus begehrt. Der Stoff ist aus feinsten ägyptischer Baumwolle und wurde mit dem Original Coupra-Wax behandelt. Es lässt die Haut atmen und hält trotzdem wind- und wasserdicht.

An den Druckknöpfen der Innenseite lässt sich ein warmes Winterfell befestigen.

„Orig. Englische Wachsjacke“
dunkelgrün **Art.Nr. 10GR**
dunkelblau **Art.Nr. 20BL**

Ihre Größe

Sie	36	38/40	42/44	46	48	-
Er	42/44	46	48/50	52/54	56/58	60

= Bestellgröße

S	M	L	XL	XXL	XXXL
---	---	---	----	-----	------

*Stattpreise beziehen sich auf Hersteller-Listenpreise



Farbloses Imprägniermittel. Damit Ihre Wachsjacke viele Jahre wind- und wasserdicht bleibt.

Art.Nr. 900
Orig. Waxespray

€ 9,99



„Wärme-Futter“

Art.Nr. 32012

Für kalte Tage! Herausnehmbares „Wärme-Futter“.

€ 28,99

zusenden an:

Personal Shop Handels-GmbH
Am Ländbach 16
82481 Mittenwald

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auf Vorschlag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde am 2. Oktober 2003 durch das Innenministerium eine Experten-Kommission eingerichtet, die dem Landtag ohne Vorfestlegungen auf ein bestimmtes Modell einen Vorschlag zur Neuorganisation der nordrhein-westfälischen Polizei erarbeiten und unterbreiten soll.

Die Redaktion „Streife“ hat jetzt nach den ersten Meilensteinen ein Interview mit Herrn Dr. Udo Scheu, dem Leiter der Kommission „Neuorganisation“ geführt, um einen aktuellen Eindruck vom Sachstand zu erlangen.

Dabei betonte Dr. Scheu, wie wichtig es ihm ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der nordrhein-westfälischen Polizei über den Auftrag und die Kommissionsarbeit zu informieren. Diese Informationen werden neben der „Streife“ auch über das Internetportal der Polizei NRW verbreitet. Ebenso informiert das Innenministerium regelmäßig die Polizeibehörden und Einrichtungen.

Dr. Scheu hob besonders hervor, wie viel ihm an der Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei des Landes NRW in den Prozess liegt. So wurde der Kommission zum Beispiel durch ihre Sachverständigeninterviews ein Stimmungsbild der Beschäftigten der Polizei von den berufsständischen Vertretern und Führungskräften der Polizei vermittelt. Ausserdem wird die Geschäftsstelle der Kommission im kommenden Juli ein elektronisches Postfach einrichten. Über dieses Postfach können sich dann die Polizeibeschäftigten mit Vorschlägen und Anregungen an die Kommission wenden. Selbstverständlich wird die Kommission diese Vorschläge und Anregungen in ihre Bewertungen einbeziehen. Eine individuelle Beantwortung wird jedoch aus verständlichen Gründen nicht erfolgen können.

Das „Streife-Interview“ mit Herrn Dr. Scheu finden Sie in dieser Ausgabe auf den Seiten 8 bis 9.

Ihre Redaktion „Streife“

Ralf Hövelmann,
Redaktion „Streife“
Tel.: 02 11 – 8 71 23 66

E-Mail: streife@im.nrw.de
www.streife-online.nrw.de

Das Titelfoto zeigt Kollegen
des PP Essen bei der
Vorstellung des neuen
Videoeigensicherungssystems.
Fotos: Jochen Tack

IAF NRW, Drogen im polizeilichen Alltag,
Heroin – Teil 3 4

Streife, Interview mit Dr. Scheu,
Leiter der Kommission Neuorganisation 8

ZPD NRW, Unterziehschutzweste –
Gefahr durch falsche Trageweise! 10

IAF NRW, aktuelle Informationen
zur Lage im Kosovo 12

Prozessanalyse, bessere Ergebnisse
in der Verkehrsunfallbekämpfung 18

LKA NRW, Einrichtung des neuen
Dezernates zur Korruptionsbekämpfung 22

IM NRW, aktuelle Infos zum
Sachstand Digitalfunk 24

PP Duisburg, Praxisprobleme
mit BARVUS und DSM 26

IM NRW, Videoeigensicherungssystem,
Tipps zum richtigen Einsatz 28

PP Bonn,
Polizist und Journalist, Teil 2 31

Sport / Leserbrief 36

Rätsel / Vorschau 38

Fotos: Jochen Tack,
Jan Potente,
Uwe Dykhuizen

Drogen im polizeilichen Alltag

Teil 3 ein ewig junges Thema

Wenn in der Bevölkerung über Drogen gesprochen wird, haben viele Menschen die offene Drogenszene vor Augen. Die Bilder aus dem Buch und Film „Christiane F. – Wir Kinder vom Bahnhof Zoo!“, werden auf alle Drogen übertragen. Die Angst vieler Eltern vor dem Tod ihrer Kinder auf der Schulhoftoilette, die zum Teil verwahrlosten jungen Menschen auf der Straße – das war und ist prägend für eine ganze Generation.

Wenn wir über die Drogentoten diskutieren, die Jahr für Jahr in unserer Statistik auftauchen, dann sind es meist heroinabhängige Junkies mit ihrem persönlichen Schicksal. Heroin zählt neben Ecstasy sicherlich zu den gefährlichsten Drogen und der Konsument von Heroin wird in kürzester Zeit körperlich und psychisch abhängig, ein zurück ist dann kaum oder nur noch schwer möglich.

Was ist Heroin?

Heroin wird durch Umwandlung von Morphin, das aus Rohopium (Saft der Schlafmohnkapsel) gewonnen wird, unter Zusetzung verschiedener Chemikalien, hergestellt. Der hier verbreitete rote Klatschmohn ist zwar mit dem Schlafmohn verwandt, enthält aber nicht dessen Wirkstoffe. Der Anbau des Schlafmohns geschieht zumeist in großflächigen Kul-



turen im Nahen, Mittleren und Fernen Osten. Nach der Blütezeit der Pflanze bildet sich eine kugelförmige bis ovale Kapsel, die den Samen der Pflanze enthält.

Nach etwa 10 Tagen werden diese Samenkapseln angeritzt und ein weißer milchiger Saft sickert heraus. Beim Trocknen verfärbt er sich bräunlich und verhärtet gummiartig. Das so gewonnene Rohopium wird meistens zu kugelförmigen Klumpen oder so genannten „Brotten“ geformt. Die Farbe schwankt zwischen braun und schwarz. Das aufbereitete Rohopium kann gegessen, getrunken, injiziert oder geraucht werden.

Heroin ist drei- bis sechsfach wirksamer als Morphin. Morphin wird bereits in den

Erzeugerländern zu Heroin verarbeitet, um weniger Material zu schmuggeln. Der Umgang mit Opiaten ist in Deutschland seit 1929 verboten, früher durch das Opium Gesetz, heute durch das BtMG.

Was sind Heroinersatzstoffe?

Methadon, Polamidon (BtM) sind vollsynthetische morphinähnlichwirksame Stoffe. Methadon wurde in Deutschland während des 2. Weltkrieges als starkes, oral wirksames Schmerzmittel entwickelt. Die Hoffnung, ein solches Mittel zu synthetisieren, das auch bei chronischem Missbrauch nicht zur Abhängigkeit vom Morphin führt, hat sich nicht erfüllt. Methadon wird als Substitutions- und Ausweichmittel (Ersatzdroge) ärztlich verschrieben.

Erscheinungsformen und Konsummuster:

Heroin ist ein weißes, beiges, braunes oder dunkelbraunes Pulver oder Granulat.

Morphin gibt es als braunes Pulver oder als weiße Tabletten, es taucht in der Szene aber praktisch kaum mehr auf.

Heroin wird auf folgende Arten konsumiert:

- Injiziert
- Geschnupft
- Geraucht (Heroinpfeifen, Folienrauchen)

Das Straßenheroin enthält meist nur noch circa 5 – 20% Heroinanteile. Der Rest ist mit Streckmittel, wie Paracetamol (rezeptfreies Schmerzmittel), Zucker oder Henna usw. aufgefüllt.

Folienrauchen

Hierbei wird das Heroin auf einer Aluminiumfolie von unten mit einer Kerze oder einem Feuerzeug erhitzt und der aufsteigende Dampf eingeatmet (häufig mit einem Röhrchen). Diese Konsumform hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, da man keine Einstichstellen mehr feststellen kann.

Welche Wirkung hat Heroin?

a) Vom Konsumenten empfundene Wirkung:

- Euphorie
- Physische und psychische Schmerzfreiheit
- Gefühl der Erleichterung

- Positive Körperwahrnehmung, insbesondere unmittelbar nach der Injektion
- Gleichgültigkeit, Benommenheit, Schläfrigkeit
- b) Nach außen hin feststellbare Wirkung:
 - Langsame Bewegungen, Benommenheit, Schläfrigkeit
 - Motorische Störungen (Taumeln, Torkeln)
 - Extreme Pupillenverengung, (kann bei gleichzeitiger Anwendung von Psychopharmaka fehlen)
 - Hängende Augenlider
 - Verwaschene Sprache
 - Mundtrockenheit, häufiges Lecken der Lippen
 - Plötzlicher Wechsel zwischen Erregung und Benommenheit



Heroin/
Opiate
(Eitsch, H)



- Todesfälle
- Akute Infektionsgefahr (AIDS, Hepatitis)

Hinweis: Der „Goldene Schuss“ kann infolge von Atemlähmung bei Überdosierung, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, eintreten.

Welche Auswirkungen hat der Heroinkonsum auf die Verkehrstauglichkeit?

Der Konsument ist weder unter akutem, noch unter chronischem Einfluss in der Lage, ein Kraftfahrzeug sicher zu führen. Das Heroinentzugssyndrom macht ebenfalls wegen der Einengung der Wahrnehmungsfähigkeit fahrunsicher.

- Atemstörungen, Gefahr von Krampfanfällen

Wirkungseintritt und Wirkungsdauer:

Die Wirkung tritt bei intravenösem oder inhalativem Konsum im Sekunden- bis Minutenbereich ein. Unmittelbar später stellt sich Euphorie ein, Entzugssymptome und Schmerzen werden gelindert.

Nach weiteren 15 bis 30 Minuten tritt Müdigkeit, Benommenheit und eine Störung der Motorik, sowie eine Verlangsamung der Atmung und Reaktion ein. Die Wirkung hält in der Regel zwischen 4 bis 5 Stunden an.

Auswirkungen bei chronischem Heroin-Konsum:

- Schwere psychische und physische Abhängigkeit
- Dosissteigerung
- Vorzeitige Alterung
- Krankhafter Zahnstatus
- Polytoxikomanie



Bei einer Kontrolle ist auf folgendes zu achten:

- Beiges bis braunes Pulver oder Granulat (gelegentlicher Essiggeruch entsteht bei der langsamen Zersetzung des Heroins durch Feuchtigkeit)
- Papier- und Silberpapierbriefchen „Hits“
- Gurt mit vielen Löchern, Schlauch oder ähnliche Utensilien, zum Abbinden der Vene
- Teelöffel „Brennlöffel“, meist mit rußiger Unterseite, verbogen, damit auf dem Tisch liegend die Flüssigkeit nicht herausläuft.
- Injektionsspritzen und -nadeln
- Kerze oder Feuerzeug zum Erhitzen des Heroins, Watte oder Zigarettenfilter zum Reinigen der Heroinlösung

Bei der Person:

- Frische Injektionsstellen an der Person, häufig am Arm „Perlenschnur“.
- Juckreiz, Gänsehaut, starkes Schwitzen.
- Eitrige Geschwüre.

Nachweisbarkeit im Körper:

Im Blut ist Heroin etwa 8 Stunden nach dem letztmaligen Konsum nachweisbar. Heroin wird im Körper relativ schnell abgebaut, deshalb wird im Blut meist nur Morphin nachgewiesen. Im Urin ist Heroin circa 2 – 3 Tage nach dem letzten Konsum nachweisbar.

Durch eine Haaranalyse kann, beispielsweise zur Beurteilung der Fahreignung, ein gewohnheitsmäßiger, u. U. monatelang zurückliegender Konsum nachgewiesen bzw. bestätigt werden.

Literaturangabe:

1. Drogen im Straßenverkehr
Herausgeber: Bundesanstalt für Straßenwesen, Bergisch Gladbach, und das Institut für Rechtsmedizin, Universität des Saarlandes Homburg/Saar. Frau Dr. S. Joo und Herr Prof. Dr. M. R. Möller
2. Drogen im Straßenverkehr:
Herausgeber: Ministerium für Inneres und Justiz des Landes NRW.
Redaktion: PFI „CS“ Münster.
Udo Haarlammert, Klaus Kröner, Dirk Zeller, Uwe Dykhuizen
3. Sehn-Sucht – So schützen Sie Ihr Kind vor Drogen
Herausgeber: Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes
4. Cannabis, Hanf, Haschisch, Marihuana
Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Suchtvorbeugung NRW
Eine Information für Eltern, Lehrer und alle weiteren Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen
5. Unterlagensammlung der AG Sucht des Kreises Warendorf
Gabi Wessel, Manfred Gesch, Walter Schmalenstroer, Willi Stratmann
6. Drogenverdachtskalender der Polizei NRW
Herausgeber: Innenministerium des Landes NRW
Redaktion: IAF der Polizei NRW, Bildungszentrum „CS“ Münster, Willi Stratmann, Rolf Werenbeck-Ueding, Uwe Dykhuizen
Ansprechpartner:
Willi.Stratmann@iaf.polizei.nrw.de und Rolf.Werenbeck-Ueding@iaf.polizei.nrw.de

PHK Willi Stratmann und PHK Rolf Werenbeck-Ueding vom IAF NRW leiten das speziell an Kolleginnen und Kollegen der Wach- und Wechseldienste gerichtete Fortbildungsseminar „Drogen im Straßenverkehr, Erkennen, Aufspüren und polizeiliche Maßnahmen“. Der Praxisbezug ist hierbei besonders ausgeprägt.

Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Verkehrsunfallopfer durch Drogen im Straßenverkehr größer ist als es in den Statistiken dargestellt wird. Eine sichere Beurteilung fällt vielen Kolleginnen und Kollegen noch schwer, weil sie über wenig Erfahrung auf diesem Gebiet verfügen. Daher ist die ständige Aus- und Fortbildung auf diesem Gebiet besonders wichtig.

Das Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW bietet seit einigen Jahren Seminare zu diesem Thema an. Fachleute aus vielen Bereichen helfen dabei: u. a. ein Arzt, eine Toxikologin der Rechtsmedizin, ein Apotheker, eine Mitarbeiterin der Führerscheinstelle, ein Staatsanwalt, ein Drogenberater, verschiedene Selbsthilfegruppen (AA, Spektrum e.V.) und polizeiliche Fachleute. Ziel der Seminare ist es, Kolleginnen und Kollegen in der Wahrnehmung und Beurteilung von Verkehrsteilnehmern und Konsumenten von Alkohol, Medikamenten und illegalen Drogen zu sensibilisieren. Deshalb werden an dieser Stelle und in den nächsten Ausgaben illegale Drogen einzeln vorgestellt. Begonnen wurde in der Märzausgabe 2004 mit einem Artikel über Cannabisprodukte. In den nächsten Ausgaben werden dann Opiate/Heroin, Kokain und Crack, Amphetamine, LSD und Psilocybin sowie Medikamente behandelt.

Kontakt: 02 51/77 95 - 3 44 oder CN-Pol 0 77 61 - 3 44

Neuorganisation der Polizei NRW



INTERVIEW

Seit rund 3 1/2 Monaten ist eine von Innenminister Dr. Fritz Behrens eingesetzte Expertenkommission tätig. Sie soll ihm einen Vorschlag zur Neuorganisation der nordrhein-westfälischen Polizei erarbeiten. Wie weit ist die Arbeit der Kommission gediehen und womit beschäftigt sie sich gerade? Mit diesen und weiteren Fragen interviewte die Redaktion „Streife“ den Vorsitzenden der Kommission, Dr. Udo Scheu.

Streife: Sehr geehrter Herr Dr. Scheu. Wie lautet eigentlich Ihr Arbeitsauftrag konkret?

Dr. Scheu: Der Landtag NRW hat mit Beschluss vom 15. Oktober 2003 die Landesregierung aufgefordert, die bisherigen Organisationsstrukturen der Polizei des Landes auf den Prüfstand zu stellen

und Vorschläge zur Optimierung der inneren und äußeren Aufbauorganisation der Polizei zu entwickeln.

Hierzu hat Herr Minister Dr. Behrens im November letzten Jahres eine Kommission eingerichtet, deren Vorsitz ich übernommen habe. Wir befassen uns also mit Fragen der zukünftigen inneren Struktur und Größe der Kreispolizeibehörden sowie deren optimale Anzahl im Land NRW, mit Fragen des Technischeinsatzes und der Funktion der Bezirksregierungen sowohl als Mittelinstanz als auch im Hinblick auf ihre Zuständigkeit als Autobahnpolizei.

Ich kann Ihnen versichern, dass hierbei auch die Bedürfnisse der Beschäftigten in den Polizeibehörden und -einrichtungen Berücksichtigung finden.

Aus meiner Erfahrung als ehemaliger Landespolizeipräsident in Hessen ist mir bewusst, dass zum Erfolg einer Reform auch das Engagement der Beschäftigten in der Polizei gehört. Daher richten wir unser Augenmerk auch auf Fragen der Einbindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Streife: Wie schreiten die gutachterlichen Vorarbeiten zur Neuorganisation der Polizei in NRW voran? Wann soll der Bericht vorliegen und wie sieht Ihr Zeitplan bis dahin aus?

Dr. Scheu: Aktuell beschäftigen wir uns noch mit der Ist-Analyse der derzeitigen Polizeiorganisation. Diese schreitet gut

voran und ist demnächst abgeschlossen. Wir werden die Ergebnisse analysieren und bewerten und in den Sommermonaten verschiedene denkbare Modelle intensiv diskutieren und ein schriftliches Grobkonzept formulieren.

Die Herbstmonate dienen der Erörterung und Erarbeitung eines Detailkonzeptes.

Ich rechne damit, dass der Kommissionsbericht Ende des Jahres Herrn Minister Dr. Behrens vorgelegt werden kann.

Dabei stelle ich an meine Kollegen und Kolleginnen in der Kommission und an mich selbst hohe Anforderungen. Uns ist die große und berechtigte Erwartungshaltung innerhalb des Landes NRW sehr wohl bewusst.

Streife: Mit welchen Experten haben Sie bereits gesprochen und wie organisieren Sie den Informationsaustausch mit den Experten? Wen werden Sie noch befragen, beziehungsweise einbeziehen?

Dr. Scheu: Bislang haben wir in den Monaten Februar und März in drei Sitzungen zahlreiche Experten angehört. Eingeladen waren Vertreter der Bezirksregierungen, Polizeipräsidentinnen und Polizeipräsidenten, Landräte als Leiter der Kreispolizeibehörden, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, berufsständische Vertretungen der Polizei sowie Vertreter aus anderen Ländern.

Wichtig war uns auch, Polizeipraktiker anzuhören. So haben uns auch Experten aus den Kreispolizeibehörden, d. h. Leiter der Abteilungen Gefahrenabwehr/Strafverfolgung und Verwaltung/Logistik sowie Leiter der Unterabteilung ZKB und Inspektionsleiter, für Stellungnahmen und Nachfragen zur Verfügung gestanden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich an dieser Stelle für den intensiven, offenen und durchaus kritischen Informationsaustausch bedanken.

Wir stehen auch im Nachhinein mit den Experten in Kontakt und können auf diese dankenswerter Weise zurückgreifen.

Sollte sich im Laufe der weiteren Arbeit das Erfordernis der ergänzenden Anhörung weiterer Experten herausstellen, so werden wir davon Gebrauch machen.

Streife: Zeichnen sich schon erste Linien eines Modells ab?

Dr. Scheu: Es gibt Stimmen im Land, die fatalistisch sagen, es stehe ja ohnehin schon alles fest. Dies muss ich deutlich verneinen. Der an uns gerichtete Auftrag wurde ergebnisoffen formuliert. Und so verstehe ich auch unsere Kommissionsarbeit.

Zum jetzigen Zeitpunkt befinden wir uns, wie gesagt, in der Ist-Analyse, untersuchen also die derzeitige Polizeiorganisation. Die mögliche Anzahl zukünftiger Polizeibehörden, deren Größe und auch die zukünftige Rolle der Bezirksregierungen kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststehen und steht auch noch nicht fest.

Auch die Modellversuche in den Kreispolizeibehörden Köln und Aachen, die wir ebenfalls in unsere Bewertung des inneren Behördenaufbaus einbeziehen sollen, ändern an dem bisherigen Sachstand nichts. Es gibt keine Präjudizierung des

inneren Aufbaus durch die Modellversuche, wie mir Minister Dr. Behrens erklärte. Und so ist auch die Kommission zunächst gespannt auf erste Zwischenergebnisse einer beabsichtigten Evaluierung.

Streife: Welche Erfahrungen bringen Sie persönlich als Vorsitzender der Kommission mit ein?

Dr. Scheu: In erster Linie stützt sich meine Erfahrung auf die in der Zeit von Mitte 1999 bis 31. Dezember 2000 erarbeitete und vom 1. Januar 2001 an vollzogene Umorganisation in Hessen, die ich zu Beginn als zuständiger Abteilungsleiter für die Öffentliche Sicherheit und vom 1. Januar 2001 an als Landespolizeipräsident zu verantworten hatte.

Da ich in diesen Eigenschaften auch knappe zehn Jahre durchgängig Mitglied im Arbeitskreis II der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder war, habe ich auch umfassend die zahlreichen in diesem Zeitraum angestregten Reformbewegungen in den Polizeien des Bundes und der Länder mit verfolgen können.

Das gesamte Erfahrungswissen hat sich also aufgrund einer knapp zehnjährigen Verantwortlichkeit für den gesamten Polizeibereich in Hessen wie auch in der Zeit davor aufgrund herausgehobener und insbesondere personalführender Aufgaben in der hessischen Justiz angesammelt.

Streife: Geben Sie auch Tipps und Ratschläge, wie anschließend mit dem Bericht nach innen gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verfahren werden soll?

Dr. Scheu: Nach gegenwärtigem Sachstand beabsichtigt die Kommission, Herrn

Minister Dr. Behrens mit der Vorlage des Berichts auch Vorschläge zur Methodik der Umsetzung zu unterbreiten. Im Übrigen halte ich es für selbstverständlich, dass Vorschläge zu einer Neuorganisation der Polizei ganz entscheidend auf die Vermittelbarkeit gegenüber den davon betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abstellen.

Die umfangreichen und intensiven Expertenanhörungen lassen deutlich werden, wie wichtig es der Kommission ist, nicht „vom grünen Tisch“ zu entscheiden, sondern die Auffassungen zahlreicher ausgewiesener Fachleute aus dem Bereich der Polizei in ihre Bewertungen Eingang finden zu lassen.

Streife: Werden Sie möglicherweise auch nach Vorlage des Berichtes für weitergehende Diskussionen zur Verfügung stehen oder gar an der Umsetzung beteiligt sein?

Dr. Scheu: Zur Vorlage eines Berichts gehört auch die Bereitschaft zur Erläuterung, soweit hierfür ein Bedarf gesehen wird.

Die Frage meiner Beteiligung an einer Umsetzung der Vorschläge ist allerdings gegenwärtig verfrüht. Sie wird sich erst beantworten lassen, wenn die Kommission die Vorschläge zur Methodik der Umsetzung erarbeitet hat.

Streife: Vielen Dank Herr Dr. Scheu. Die Redaktion „Streife“ wünscht Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch weiterhin viel Erfolg in der Kommissionsarbeit.

Hinweis der Redaktion:

Unter www.polizei.nrw.de finden Sie umfassende und aktuelle Informationen zur Neuorganisation der Polizei NRW und zur Kommissionsarbeit.

Richtig getragen retten Unterzieh- schutzwesten Leben!

Die ZPD NRW sichern durch ständige Materialprüfungen die Leistungsfähigkeit der dienstlich gelieferten ballistischen Unterziehschutzwesten. Dabei sind durch Testbeschüsse gravierende Verletzungsrisiken durch eine falsche Trageweise aufgedeckt worden. Dieser Artikel soll dazu beigetragen, dass sich die mit der Unterziehweste ausgestatteten Kolleginnen und Kollegen der Gefahr bewusst werden.

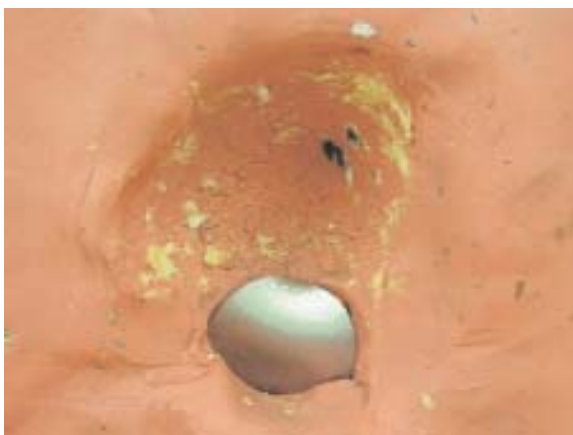
schnell gehen muss, dann wird die Schutzweste über dem Uniformhemd angezogen. Es ist aber ein Trugschluss, dass diese Trageweise sicher ist. Der nachfolgende Versuchsaufbau und die Fotos belegen das unübersehbar.

Dabei ist der Sinn der verdeckten Trageweise einleuchtend. Eine verdeckte Trageweise soll dem polizeilichen Gegenüber nicht sofort signalisieren, dass er einer Schutzwesteträgerin bzw. ei-

Und wie sich jetzt herausgestellt hat, schützt die Unterziehschutzweste nur dann, wenn sie bestimmungsgemäß direkt am Körper getragen wird, vor erheblichen Verletzungen durch den so genannten Übertragungsimpuls!

Denn beim Tragen der Schutzweste über der Dienstkleidung werden Gegenstände, die sich unter der Weste befinden durch den Übertragungsimpuls selbst zu Geschossen. Das hat der Materialtest der

Achtung Eigensicherung! Durch eine gefährdet man sich



Münzen – Verletzungsrisiko!



Kugelschreiber – Verletzungsrisiko!

Eigentlich sollte die Schutzweste vor Dienstbeginn untergezogen werden. Es gibt aber Kolleginnen und Kollegen, die die Weste aus verschiedensten Gründen im Dienst nicht tragen. Die Weste liegt dann aber häufig griffbereit auf der Wache oder im Streifenwagen. Wenn es dann

dem Schutzwestenträger gegenübersteht und er so deutlich sichtbare Schwachstellen anvisieren kann. Zudem wirken martialisch ausgestattete und vielleicht auftretende Kolleginnen und Kollegen eher eskalierend als beschwichtigend.

ZPD NRW ans Tageslicht gebracht. Gegenstände aus den Hemdtaschen und Knöpfe werden in den Körper beschleunigt und können zu massiven Verletzungen oder sogar zum Tode führen.



falsch getragene Schutzweste selber und den polizeilichen Einsatz!



Knöpfe – Verletzungsrisiko

- Der Hemdknopf wurde pulverisiert!
- Metallröhrchen und Münze sind stark deformiert
- Das Geschoss wurde sicher gehalten!!!

Also: Die Unterziehschutzweste sollte also immer nur bestimmungsgemäß ge-

tragen werden, nämlich unter der Dienstkleidung!

Helmut Lerch, ZPD NRW
 Tel.: 02 03-4 17-56 33
 CN-Pol.: 07-223-56 33
Helmut.Lerch@zpd.polizei.nrw.de



Ausschreitungen im Kosovo



I N T E R V I E W

In den letzten Wochen haben die Medien von bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Kosovo berichtet. Einer, der diese Zustände „hautnah“ miterlebt hat, ist der nordrhein-westfälische Polizeibeamte Wolfgang Zillekens. Er macht derzeit Dienst in der kosovarischen Stadt Prizren. Das Interview für die „Streife“ führte POK Tom Litges, der zur Zeit der Unruhen für die Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums im Kosovo war.

Streife: Lieber Kollege Zillekens, was ist Deine derzeitige Aufgabe in der UNMIK?

Zillekens: Ich bin gegenwärtig Regional Commander der UNMIK Polizei in der Region Prizren und trage die Verantwortung für etwa 200 internationale Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. 22 davon stammen aus Deutschland. Zusätzlich kommen noch weitere 850 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte des sogenannten Kosovo Police Service hinzu. Der Zuständigkeitsbereich der Region Prizren umfasst fünf Kommunen mit einer Gesamtanzahl von etwa 500 000 Einwohnern. Die größte Stadt in unserem

Zuständigkeitsbereich ist Prizren mit circa 230 000 Einwohnern.

Streife: Wie hast Du die Ereignisse vom 17. bis zum 19. März erlebt?

Zillekens: Die Ereignisse zu beschreiben ist kein einfaches Unterfangen. De facto ist es hier im Kosovo zum schlimmsten Gewaltausbruch seit Kriegsende 1999 ge-





kommen. Nach offiziellen Angaben der vereinten Nationen wurden insgesamt 27 Menschen getötet, 848 verletzt und weit über 3 000 Serben aus ihren Häusern vertrieben. Alle offiziellen Stellen, die politische Ebene, KFOR und UNMIK haben weder mit einem derartigen Gewaltausbruch gerechnet, noch war man darauf vorbereitet.

Ich kann nicht für das gesamte Kosovo sprechen, somit beschränke ich mich auf die Region Prizren, für die ich verantwortlich bin.

wären der weiterhin ungeklärte Status der Provinz Kosovo, der schleppende Prozess der Privatisierung, die allgemeine Unzufriedenheit mit der UNMIK, die gegenwärtig als Besatzermacht angesehen wird, die Festnahme hochrangiger TMK-Mitglieder aufgrund begangener Kriegsverbrechen 1998/1999, die insgesamt schlechte wirtschaftliche Situation des Kosovo und die extrem hohe Arbeitslosigkeit. Aber auch die serbischen Bestrebungen die Provinz Kosovo in Kantone einzuteilen, eine Medienlandschaft, die bewusst Meldungen verfälscht und der abgrundtiefe Hass gegenüber den Serben aufgrund der ethnischen Säuberungen während des Krieges 1999, haben eventuell ihren Beitrag geleistet.

Die Gewaltausbrüche im März haben sicherlich unser aller Vorstellungskraft überstiegen. Ein außer Kontrolle gerate-



PHK Wolfgang Zillekens (46),
verheiratet, 4 Kinder
Stammdienststelle:
IAF NRW, stellvertr. Leiter des
Dezernates Auslandseinsätze
Missionen:
IPTF Bosnien 97-98,
OSCE Kosovo 98-99,
UNMIK Kosovo 97-00,
aktuell UNMIK Kosovo seit 09/03



Der Kosovo im Ausnahmezustand
Fotos: Enriko Waldmann, Wolfgang Zillekens

Bereits seit langer Zeit war die Enttäuschung innerhalb der albanischen Bevölkerung spürbar, denn deren erklärte Ziele stehen nicht im Einklang mit den Zielen der UNMIK. Ich versuche an dieser Stelle einmal die Faktoren zu benennen, die mutmaßlich zum Ausbruch dieser Welle von Gewalt geführt haben könnten. Da

ner Mob attackierte planmäßig Serben, serbisches Eigentum und serbisch orthodoxe Kirchen und Kloster. Alte Menschen wurden brutal zusammengeschlagen, aus ihren Häusern vertrieben und deren Eigentum angezündet. Von der Intensität der Angriffe überrascht konnte auch die KFOR nicht unterbinden, dass Kirchen

Glossar:

UNMIK – Das ist die Abkürzung für die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo, United Nations Interim Administration Mission in Kosovo.

TMK – Das TMK ist die grundsätzlich unbewaffnete Nachfolgeorganisation der UCK und hat die Aufgaben vergleichbar mit denen des deutschen Technischen Hilfswerks.

KFOR – Das ist die Abkürzung für Kosovo Force, eine multinationale Militäreinheit unter Leitung der NATO.

AG IPTF – Die Arbeitsgruppe International Police Task Force ist Beratungs- und Entscheidungsgremium in allen Fragen der Beteiligung und Durchführung an internationalen Polizeimissionen, soweit nicht gesetzliche Regelungen oder andere Zuständigkeiten entgegenstehen. ▶

und Klöster geplündert und angezündet wurden. Wir als UNMIK Polizei konnten nur unter größten Anstrengungen verhindern, dass unsere Polizeistationen und unser regionales Hauptquartier geplündert und niedergebrannt wurden. Daneben gelang es uns, Notrufen folgend, Ser-

**Straßenkampf
in Mitrovica**
Fotos: Enriko
Waldmann



ben aus ihren Häusern zu evakuieren und in KFOR Camps unterzubringen. Der KFOR gelang es außerhalb des Stadtbereiches die so genannten serbischen Minderheiteneinkerkern vor Übergriffen zu schützen. Es herrschten zwei Tage lang bürgerkriegsähnliche Zustände.

In unserer Region ist leider ein Todesopfer zu beklagen. Ein Serbe kam bei in den Flammen seines in Brand gesetztes Hauses ums Leben. Insgesamt wurden über 50 serbische Häuser niedergebrannt. Ser-

bische Kulturgüter von unermesslichem Wert fielen den Flammen zum Opfer. Serbinnen und Serben wurden brutal misshandelt und befinden sich weiterhin in ärztlicher Behandlung. 40 Polizeibeamte wurden verletzt. 25 Dienstkraftfahrzeuge wurden entweder beschädigt oder völlig zerstört. Es kam zu erheblichen Sachbeschädigungen an unseren Dienstgebäuden und anderen Einrichtungen der Vereinten Nationen.

Kosovaweit wurden 28 internationale und 70 lokale Polizisten sowie 67 Soldaten der KFOR verletzt. Auch drei der derzeit 278 deutschen Polizeibeamten wurden leicht verletzt. Alle 38 NRW-Beamten blieben ohne Verletzungen.

Das Kosovo wurde binnen weniger Tage in die Anfänge der Mission ins Jahr 1999 zurück geworfen. Wir sind nun dabei, uns wieder zu organisieren und die Täter zu ermitteln. Eine 40 Mann starke Sonder-

kommission wurde gegründet, die Ermittlungen laufen auf Hochtouren.

Streife: Hattest Du Kontakt zu deiner Familie? Wie hat Deine Familie das erlebt?

Zillekens: Während der Krise hatte ich Kontakt zu meiner Familie und war und bin für sie immer erreichbar. Meine Frau ist zwar besorgt, doch sie weiß derartige Dinge aufgrund meiner Missionserfahrungen richtig einzuschätzen.

Streife: Hattet Ihr dienstlichen Kontakt nach Hause?

Zillekens: Innenminister Dr. Fritz Behrens hat den Police Commissioner, LKD Stefan Feller, persönlich angerufen und sich nach der Lage und unserem Wohlbefinden erkundigt. Am 5. und 6. April war



Inspekteur Dieter Wehe bei uns und hat mit mehr als 70 Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Das Interesse und der Zuspruch haben uns gut getan.

Streife: Wie unterscheidet sich diese Aufgabe von Deinen bisherigen Missionen?

Zillekens: Zu allererst die Last der großen Verantwortung. Die Verantwortlichkeit für etwa 1050 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in einem Nachkriegsgebiet stellt ohne Frage eine besondere Herausforderung dar.

Neben der Führungsverantwortung sind zudem ausgeprägte repräsentative Fähigkeiten gefordert. Regelmäßige Kontakte zu den lokalen Parteien, Pressekonferenzen, Kontakte zu fraglos radikalen Gruppierungen sowie die nicht immer einfache Kooperation mit KFOR stellen hohe Anforderungen an das diplomatische Geschick.

Streife: Haben Dich die Erlebnisse in den Missionen geprägt?

Das hautnahe Miterleben von Morden, Massakern, Menschenrechtsverletzungen während der aktiven Kriegshandlungen in den Jahren 1998 und 1999 im Kosovo, meine persönlichen Ängste, meine zeitweise Verzweiflung und die Trennung von meiner Familie haben mich nachhaltig geprägt.

Meine individuelle Wertevorstellungen sind über Jahre Prüfungen unterzogen worden, die mich meine Werte letztlich haben neu definieren lassen.

Streife: Was würdest Du Interessenten für eine Auslandsverwendung raten?

Zillekens: Ich rate Ihnen, sich einer aufrichtigen Selbstprüfung zu unterziehen, insbesondere der eigenen Motivlage.

Finanzielle Motive verbrauchen sich in einer Mission sehr schnell und sollte dann keine aufrichtige Grundmotivation vorhanden sein, kann dies zum persönlichen Scheitern führen. Unter Scheitern verstehe ich hochgradige Frustration, hohe Stressanfälligkeit und Mutlosigkeit. An dieser Stelle sei mir ein sehr persönlicher Rat gestattet.

Jede Interessentin und jeder Interessent sollte sich darüber im Klaren sein, dass Sie oder Er die persönliche Beziehung – wie auch immer geartet – einer brutalen Probe unterzieht. Nicht ohne Grund gehen zahlreichen Beziehungen in die Brüche. Nur wer sich einer stabilen Beziehung sicher ist, sollte sich mit dem Gedanken einer Missionsteilnahme befassen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass herausragende Englischkenntnisse

erforderlich sind. Interessentinnen und Interessenten sollten sich frühzeitig zusätzlichen Sprachkursen unterziehen oder bereits Urlaube im entsprechenden Ausland machen. Mangelnde Englischkenntnisse hemmen das Einbringen von individuellen Fähigkeiten enorm.

Streife: Was wünschst Du Dir für die Zukunft?

Zillekens: Die Anerkennung der Verdienste der deutschen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in friedenssichernden Auslandseinsätzen, allerdings keine Überbewertung.

Streife: Danke Kollege Zillekens für Deine offenen und informativen Antworten.

Blitzbesuch des Inspektors der Polizei NRW im Kosovo



Von Montag, 5. April 2004, bis Dienstag, 6. April 2004, reiste der Inspekteur der Polizei NRW Dieter Wehe in seiner Funktion als Vorsitzender der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „International Police Task Force“ (IPTF) in den Kosovo. Weitere Delegationsteilnehmer waren Herr KOR Uwe Mainz, Leiter des Dezernats Aus-

landseinsätze des IAF NRW und Herr KHK Kurt Müller von der Geschäftsstelle der AG IPTF beim Bundesministerium des Innern in Berlin

Anlass waren die Unruhen vom 17. bis 20. März 2004 im Missionsgebiet. Als Auslöser der Proteste gilt der Tod zweier albanischer Kinder, die am 16. März 2004



Luftbildaufnahme vom zerstörten Stadtviertel der Serben in Prizren.
Foto: Markus Hübener, weitere Fotos von Enriko Waldmann



im Fluss Ibar ertranken, nachdem sie angeblich von Serben gehetzt wurden. Zwischenzeitlich hat der überlebende Junge nach Informationen der UNMIK zugegeben, dass es sich um einen Unfall gehandelt hat und keine Serben an dem Vorfall beteiligt waren. Der Tod der Kinder scheint nur das auslösende Moment der offensichtlich geplanten Aktionen gewesen zu sein.

Der Kurzbesuch diente der Unterstützung und Anerkennung der Leistungen der Angehörigen des deutschen Polizeikontingents sowie der Informationsgewinnung vor Ort.

Programmpunkte waren daher u.a. die Besichtigung der Zerstörungen im Bereich Pristina, speziell aber in der Region Prizren, die es besonders getroffen hatte. Gespräche mit dem Police Commissioner und Leiter der internationalen und lokalen Polizisten, LKD Stefan Feller, dem

Regional Commander Prizren, PHK Wolfgang Zillekens und anderen deutschen Führungskräften standen ebenfalls auf der Tagesordnung. In erster Linie ging es aber um den Kontakt zu allen dort eingesetzten deutschen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie um ihren Eindruck der Geschehnisse und ihre Sorgen und Nöte.

Die Beamtinnen und Beamten zeigten sich von den kurz zurück liegenden Ereignissen stark ergriffen. Einen Ausbruch der Gewalt in diesem Ausmaß hatte man nicht erwartet. Auch die Erkenntnis, dass die sogenannten „Befreier“ – wie internationales Militär und UNO-Polizei – nunmehr zunehmend in den Zielfokus der lokalen Bevölkerung, zumindest des radikaleren Teils, geraten war, zeigte deutliche Spuren bei den Beamten. Erfahrene Kollegen fühlten sich in das Jahr 1999 zurück versetzt, als der Einsatz im

Kosovo mit all seinen Mühen gerade erst begann.

Besonderen Belastungen war auch das am 17. März frisch in den Kosovo eingereiste deutsche Teilkontingent ausgesetzt, welches noch am selben Tag vom Flughafen vor das Polizeihauptquartier in Pristina verlegt wurde, um diesen Bereich alleine zu sichern. Alle anderen Einsatzkräfte waren aufgrund der sich ständig weiter entwickelnden Vorkommnisse gebunden. Die Einsätze in diesen Tagen zeigten speziell den „Neueinsteigern“, wie instabil und wechselhaft die Lage im Missionsgebiet sein kann.

Für die Delegation erschreckend waren die angerichteten Zerstörungen, wie das vollständig ausgebrannte serbische Wohnviertel in Prizren sowie Jahrhunderte alte Kirchen, die zerstört und geplündert worden waren. Nicht nur die Delegationsteilnehmer und die deut-



schen Einsatzkräfte, sondern auch kosovoalbanische Einwohner zeigten sich angesichts der Exzesse ihrer eigenen Landsleute betroffen. Nicht zu vergessen die neue lokale kosovarische Polizei (Kosovo Police Service – KPS), die im Laufe der Geschehnisse hin und her gerissen war zwischen ihrer ethnischen Herkunft und ihrer polizeilichen Pflichterfüllung.

Beeindruckt waren die Delegationsteilnehmer davon, wie ruhig und abgeklärt das deutsche Kontingent die Lage durchgestanden hatte und für die Zukunft beurteilte. Die deutschen Polizeibeamtinnen und -beamten hatten die gefährliche Situation mit anerkannt hoher Professionalität bewältigt und zeigten sich durchgehend motiviert für den weiteren Einsatz im Missionsgebiet. Neugebildete Ermittlungsgruppen konnten schon eine Vielzahl erkannter Störer festnehmen und

bereiteten weitere polizeiliche Aktionen vor.

So äußerte sich auch die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen positiv über die Professionalität und die Einsatzbereitschaft des deutschen Kontingents.

Mitgenommen haben die Reiseteilnehmer aber auch, wie dankbar die Beamtinnen und Beamten Unterstützung von zu Hause bewerten.

Die Wichtigkeit der Kontakte zur Familie, zu Freunden und in die Heimatbehörden in Deutschland wurde immer wieder betont. Wir alle sind daher aufgefordert, noch intensiver als bisher Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen im Ausland zu halten und sie auf diese Weise zu unterstützen.

*Uwe Mainz,
IAF NRW Dez. Auslandseinsätze*

Lob und Anerkennung für 10 Jahre polizeiliche Auslandseinsätze

***Einladung zur Feierstunde in das Bildungszentrum Brühl
am Samstag, 19. Juni 2004, von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr.***

Seit nunmehr 10 Jahren nehmen nordrhein-westfälische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte an polizeilichen Auslandseinsätzen teil. Obwohl die deutsche Polizei im Vergleich zu anderen Nationen erst seit „kurzem“ auf internationalem Boden tätig ist, sind die Erfolge im Rahmen von friedenssichernden OSCE, UNMIK oder EU-Missionen groß. Ob nun auf dem Balkan oder in anderen Regionen der Welt, ohne die Arbeit der deutschen Polizei wäre eine Rückkehr der Bevölkerung ins normale, friedliche Leben nicht so schnell möglich gewesen. Die Anerkennung u. a. der Vereinten Nationen über das deutsche Engagement ist dementsprechend groß.

Die 10-jährige Leistung der nordrhein-westfälischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, aber auch die Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft, sollen in Brühl gewürdigt werden. Aus diesem Grund lädt der Innenminister Dr. Fritz Behrens die ehemaligen und aktuellen Missionsteilnehmerinnen und Missionsteilnehmer ein. Herzlich eingeladen sind aber auch alle an Auslandseinsätzen interessierten Kolleginnen und Kollegen mit ihrer Familie.

Für das leibliche Wohlergehen, Unterhaltung und Kinderprogramm ist gesorgt. Sollten Sie kommen wollen, melden Sie sich bitte bis zum 28. Mai 2004 an.

Kontakt: Frau Korczak, Tel.: 022 32/56-26 10, Fax: 022 32/56-26 15 oder
E-mail-Adresse: Gabi.Korczak@iaf.polizei.nrw.de

Weitere Informationen zum Veranstaltungsablauf finden Sie unter www.police-mission.de

HUU Geschwindigkeit

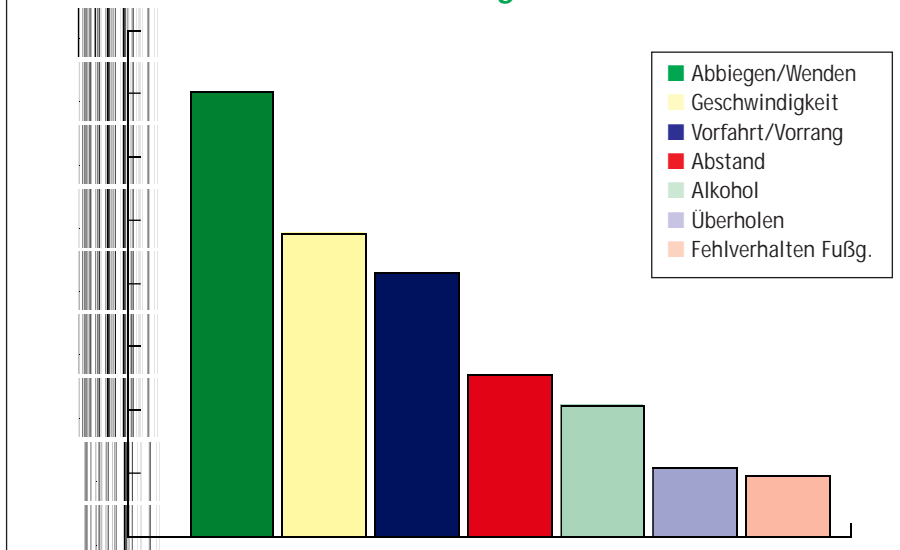
– *nachweislich bessere Ergebnisse
in der Bekämpfung
von Verkehrsunfällen
durch den Einsatz
der Prozessanalyse*



Vorrangiges Ziel der polizeilichen Verkehrsüberwachung ist es, die Befolgung von Verhaltensregeln zu fördern. Dabei kommt der Beachtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen eine besondere Bedeutung zu.

Im Rahmen einer internen Zielvereinbarung wurde durch das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen einer Projektgruppe unter Leitung von PD Blindenbacher die Aufgabe übertragen, eine Prozessanalyse durchzuführen. Am Beispiel der Hauptunfallursache „Geschwindigkeit“ sollten Prozesse in standardisierter Form dargestellt, untersucht und Ansätze für Optimierungen erarbeitet werden.

Anteil HUU Geschwindigkeit im Jahr 2003





Lagebild durch Informationsgewinnung vor Ort am Unfallort



Informationsanalyse, -bewertung und Informationssteuerung durch die Leitstelle



Operative Planung auf der Wache



Operative Umsetzung durch den Einsatz von Laser-Technik

Optimierte Prozesse verbessern die Qualität polizeilicher Arbeit. Sie fördern die Güte der Arbeitsergebnisse und reduzieren Fehlerquellen, sie gewährleisten zeit- und termingerechte Leistungen und sie sind bürger- sowie kundenorientiert ausgerichtet. Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in höchstmöglichem Maße einbezogen. Ein weiterer Faktor ist ein möglichst wirtschaftlicher Ressourceneinsatz.

Eine sorgfältige Analyse der Prozesse führt zum Erkennen von Fehlern bzw. Schwachstellen. Vermieden werden Doppelarbeit (Mehrfacherfassungen) und unnötige Administration sowie Zuständigkeitswechsel (Bearbeitung von Zahlscheinen in den verschiedenen Organisationseinheiten Wachdienst, Führungsstelle und Verkehrskommissariat). Rationalisierung von Arbeitsabläufen (erlassgemäße, unmittelbare Übermittlung von Daten an die für die Erstellung von Ordnungswidrigkeitenanzeigen zuständigen Stellen) kann die Folge sein.

Für die Prozessanalyse konnten zwölf Behörden gewonnen werden. Es handelte sich dabei um fünf Polizeipräsidien und fünf Landratsbehörden mit zentralem oder dezentralem Verkehrsdienst sowie zwei Autobahnpolizeien der Bezirksregierungen.

Der Prozess „Bekämpfung der Hauptunfallursache Geschwindigkeit“ wurde, beginnend bei der Auswertung der Straßenverkehrsunfälle (Verkehrslagebild) bis hin zur Realisierung von Bekämpfungskonzepten einschließlich der damit einhergehenden administrativen Abläufe beschrieben. Es erfolgte eine Zerlegung des Gesamtprozesses in seine Teilprozesse „Lagebild“, „Operative Planung“, „Operative Umsetzung“ und „Administration“.

Auf dieser Basis führte die Projektgruppe in den Kreispolizeibehörden Aachen, Bielefeld, Düren, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Hagen, Kleve, Lüdenscheid, Paderborn und Steinfurt sowie bei den Bezirksregierungen (Autobahnpolizei) Düsseldorf und Münster Interviews mit zuvor benannten Experten vom Wachdienstbeamten bis zum Leiter Gefahrenabwehr / Strafverfolgung durch.

Befragte Experten:

- Wachdienstbeamtinnen / Wachdienstbeamte
- Dienstgruppenleiterinnen / Dienstgruppenleiter
- Leiterinnen / Leiter Polizeihauptwachen
- Leiterinnen / Leiter und Sachbearbeiterinnen / Sachbearbeiter Führungsstellen
- Dezernentinnen / Dezernenten GS 3
- Leiterinnen / Leiter und Beamtinnen / Beamte Verkehrsdienst
- Leiterinnen / Leiter und Sachbearbeiterinnen / Sachbearbeiter Verkehrskommissariate



Lagebild durch Informationsgewinnung vor Ort am Unfallort



Operative Planung auf der Wache



Operative Umsetzung durch den Einsatz von Provida-Technik



Administration durch Daten-, Vorgangs- oder Verwarngeldverwaltung, hier Auswertung Provida-Fototechnik

- Verkehrssicherheitsberaterinnen /Verkehrssicherheitsberater
- Leiterinnen/Leiter GS und Leiterinnen/Leiter Polizeiinspektionen

Die Projektgruppe bildete in der Folge ein Redaktionsteam, das die Ist-Prozesse der zwölf Behörden auswertete. Auf der Grundlage dieser Analyse konnte ein Soll-Prozess beschrieben werden. Die Auswertung der Ist-Prozesse sowie die Beschreibung des Soll-Prozesses ergab in der Gesamtbetrachtung hinsichtlich anzustrebender Ziele insbesondere folgende Ergebnisse.

Ergebnisse:

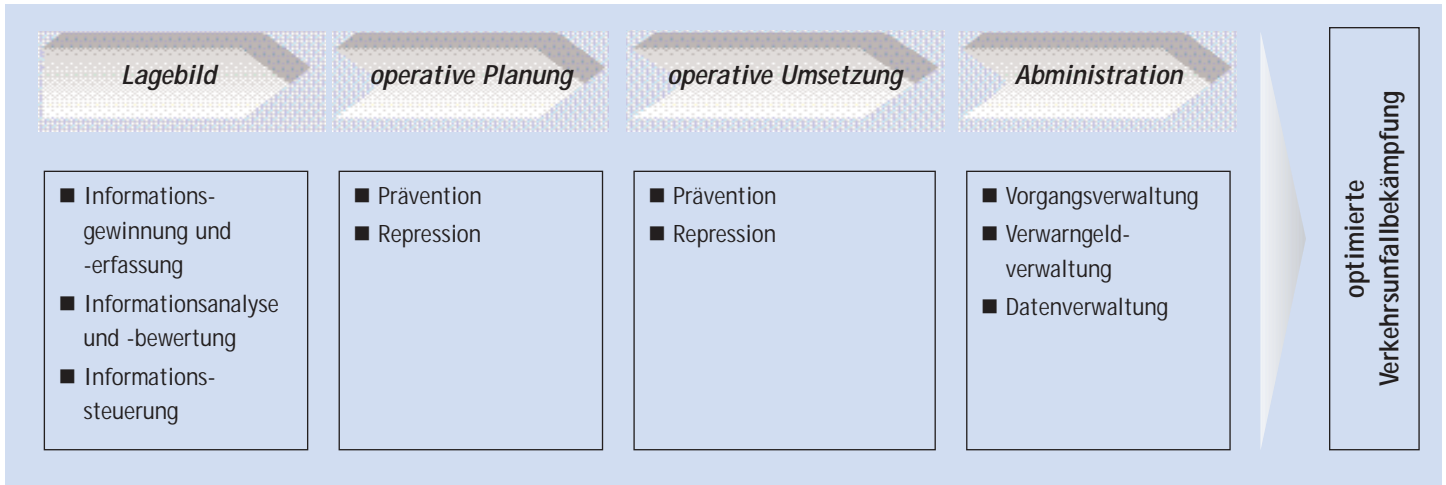
- Es ist ein systematisiertes, adressatengerechtes Berichtswesen sowie ein aussagekräftiges Verkehrslagebild einzuführen.
- Die Auswahl von Messstellen soll vorrangig lagebildorientiert erfolgen; die Koordinierung der Kontrollen u. a. mit den Kommunen ist zu realisieren.
- Die Planung und Durchführung von Sondereinsätzen ist anlassbezogen durchzuführen.
- Die zur Verfügung stehenden Provida-Fahrzeuge sind unter Koordinierung der Bezirksregierungen problemorientiert zu nutzen.
- „Dummy-Fahrzeuge“ sind nur im „Maßnahmen-Mix“ einzusetzen.
- Die Unfallkommissionsarbeit ist zu koordinieren, die Inhalte sind zu kommunizieren.
- Die Recherche- und Darstellungsmöglichkeiten der neuen Anwendung SERVUS sind zu nutzen.
- Erfassung, Verwaltung und Bearbeitung von Zahlscheinen sind mittels IGVP und ggf. durch den Einsatz von Angestellten zur Erstellung von Ordnungswidrigkeitenanzeigen nicht eingelöster Zahlscheine zu optimieren.

Das Gesamtergebnis ist in das Intranet der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen unter IM informiert eingestellt (<http://lv.polizei.nrw.de>). Vorträge bei den Bezirksregierungen ergänzen den Informationstransfer. Die inhaltliche Umsetzung der Erkenntnisse erfolgt durch das Fachreferat des Innenministeriums NRW.

Die Durchführung einer Prozessanalyse für den Bereich der „Bekämpfung der Hauptunfallursache Geschwindigkeit“ hat sich nach Ansicht der Projektgruppe bewährt, da derartige Analysen nachweislich geeignet sind, Verfahrensabläufe zu optimieren. Die Projektgruppe ist davon überzeugt, dass in der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen in den vorhandenen Aufgabenbereichen vielfältige Optimierungsmöglichkeiten bestehen, die durch Prozessanalysen ermittelt werden könnten.

Uwe Herden, PG Prozessanalyse, Mail: btstf.herden@t-online.de

Weg einer Prozessanalyse am Beispiel der HUU-Geschwindigkeit



FM HAMBURG MANNHEIMER Beamten-Angestellendarlehen
 Laufzeit von 12–20 Jahre
Infobüro: 0800-7788000 (Nulltarif)
Internet: www.hm-darlehen.de

AUTOKAUF
 zu TOP-KONDITIONEN

- ▶ Neuwagen
- ▶ Gebrauchtwagen
- ▶ Freizeitmobile
- ▶ Jahreswagen
- ▶ Fast alle Fabrikate – Enorm günstig!

Informieren Sie sich!
 Ihr Ansprechpartner: Kollege Thomas Brockhaus
 Internet: www.autotopkauf.de und
www.freizeitmobilkauf.de

(0 22 07) 76 77

Sie arbeiten im öffentlichen Dienst?
 ... nutzen Sie Ihren Vorteil!

Exklusiv für Sie: Spezial-Kredite mit langen Laufzeiten und niedrigen Raten. Bis zum 20fachen Monatseinkommen. Schnellste Abwicklung.

Bereits laufende Kredite können ggf. abgelöst werden (wir führen jedoch keine Rechtsberatung durch). Zusatzkredite, KFZ-Finanzierungen und und und

SPEZIAL-KREDIT-PROGRAMME

Angebot Die großzügige Darlehensvermittlung
 80336 München · Goethestraße 3, direkt am Hauptbahnhof
EUROMUENCH ☎ 0 89/59 15 27

- ★ Attraktive Immo-Finanzierungen für Neu-, Aus- und Umbau sowie Kauf – mit 4,5% variabel, effektiv 5,15%
- ★ Festzinsdarlehen bis 100.000,- € mit Laufzeitanpassung an die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse – auch Tilgungsaussetzung bei entsprechender Bonität möglich
- ★ Nebenkredite, Teilvalutierungen sogar ohne Partner und Kreditauskunft, bis 20.000,- €

TOP-Finanzierung für jeden Verwendungszweck
 u. a. Bargeld zum Ablösen von teuren Krediten oder überzogenen Girokonten

→ **Beamten-Darlehen** 12 Jahre 5,70% effektiver Jahreszins 6,26%
 mit garantiertem Festzins 20 Jahre 6,15% effektiver Jahreszins 6,74%

Beispiele für 32jährige – 20 Jahre Laufzeit – jew. inklusiv Lebensvers.-Beitrag:	
15 000,- € monatl. 137,43 €	25 000,- € monatl. 221,13 €
40 000,- € monatl. 355,51 €	50 000,- € monatl. 444,39 €

• Sondertilgungen und Laufzeitverkürzungen möglich •

→ **Angestellten-Darlehen** (sehr günstige Vorsorgedarl., LV- u. Beamtendarl., langfr. Kredite u. Hypotheken.)
 Fordern Sie Ihr TOP-Angebot kostenlose Abwicklung auf dem Postweg

Andreas Wendholt
 Kapital- und Anlagevermittlung
Prälat-Höing-Straße 19
46325 Borken

TEL.-NULLTARIF: 0800-3310 332
Telefax: (0 28 62) 36 04
E-Mail: info@top-finanz.de
Internet: www.top-finanz.de

Willkommen zum Erlebnis – 2004

Spezialpreise für Polizeigruppen!
 Rafting, Canyoning, Kajak, Berg- & Mountebike-touren
 Canyoning- & Raftingtour mit 2 Überschlüssen, Pension / Frühstück DU/WC ab Euro 135.
Raft total mit 5 der schönsten Raftingtouren in Tirol mit 2 Überschlüssen, Pension / Frühstück DU/WC ab Euro 179.
Bike & Raft, Downhill-Mountainbike-tour & Rafting-tour mit 2 Überschlüssen, Pension / Frühstück DU/WC ab Euro 112.
 Abenteuer nach Maß?
 Für Gruppen ab 5 Personen erstellen wir für Sie ein individuelles Sportprogramm auf Grundlage der Angebote!

Alpensteiger mit Qualität
 ... mit österreichischen Profis!

Anschlüsse - Angebote und weitere Informationen bei
Kajak- & Raftingschule Ostal, Ambach 29, A-6035 Ober, Tirol, Austria
 Tel. & Fax 00 43-52 52 67 21 oder 00 43-66 43 83 96 85
 Internet: www.rafting-ostal.at E-Mail: office@rafting-ostal.at

„Keine Macht der Korruption“

Einrichtung eines interdisziplinären Fachdezernats „Korruptions- und Umweltkriminalität“ beim LKA NRW

Als die Regierungsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in NRW Ende Juni 2003 ihre Grundsätze zur gemeinsamen Fortführung der Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen beschlossen, mag so mancher Beobachter erstaunt aufgehört haben. Die Koalitionsparteien erklärten im „Düsseldorfer Signal für Erneuerung und Konzentration“ – neben wirtschafts-, bildungs- und finanzpolitischen Grundsatzentscheidungen – auch die Einrichtung eines interdisziplinären Fachdezernats „Korruptions- und Umweltkriminalität“ beim Landeskriminalamt NRW als Maßnahme von hoher politischer Priorität.

Der „Untersuchungsstab Antikorruption“ beim IM NRW („Task-Force“) hatte erst Tage zuvor in einem alarmierenden Bericht darauf hingewiesen, dass auf dem Sektor der Müllentsorgung in Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte hinweg ein Klima gegenseitiger Abhängigkeiten zwischen Politik, privater Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung entstanden ist, in dessen Dunstkreis Straftäter Korruptionsstraftaten in nicht abzuschätzendem Ausmaß begehen dürften. Nicht wenige Anhaltspunkte ließen auf längst etablierte, flächendeckend agierende Täter und systematische Manipulationen des



Landespressekonferenz im Landtag zur Einrichtung des neuen Dezernats „Korruptions- und Umweltkriminalität“. V. l. Kriminalrat Johannes Herrmanns (Leiter des neuen Dezernats), Direktor des LKA NRW Wolfgang Gatzke, Innenminister Dr. Fritz Behrens

öffentlichen Vergabewesens in diesem Sektor schließen. Andere Vergabebereiche – das war allen Beteiligten klar – dürften hiervon kaum ausgenommen sein.

Während auf bundespolitischer Ebene längst überfällige Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung am Veto einzelner Parteien scheiterten, wurde in Nordrhein-Westfalen zügig gehandelt:

Mit Erlass IM NRW vom 24. Juli 2003 wurde das Landeskriminalamt beauftragt, eine entsprechende Konzeption zu erarbeiten. Am 10. Dezember 2003 bereits folgte der darauf aufbauende Erlass IM NRW zur Einrichtung des Dezernates 15 „Korruptions- und Umweltkriminalität“.

Der Startschuss erfolgte am 1. April 2004.

24 Ermittlungsbeamtinnen und -beamte und 2 wirtschaftswissenschaftliche Fachkräfte werden nach der Konzeption in dem neuen Fachdezernat ihren Dienst versehen und sich den neuen Herausforderungen stellen. Organisatorisch ist das Dezernat der Abteilung 1 „Ermittlungen, Auswertung und Analyse OK“ des Landeskriminalamtes zugeordnet.

Eine wesentliche Aufgabe wird in den nächsten Wochen und Monaten im Aufbau einer „Netzstruktur der Zusammenarbeit“ zwischen den Strafverfolgungsbehörden (Polizei, Staatsanwaltschaften) und den Verwaltungsbehörden (Innenre-

visionen, Landesrechnungshof, Kartellbehörden, Gemeindeprüfungsämtern, kommunalen Aufsichtsbehörden usw.) in NRW liegen. Gerade mit diesem schwierigen Unterfangen wird jedoch Neuland betreten. Zur Realisierung dieses Vorhabens sind neben der alltäglichen Zusammenarbeit im Rahmen von Ermittlungsverfahren gegenseitige Hospitationen, gemeinsame Arbeitstagungen und Fortbildungsveranstaltungen sowie die Einrichtung und Nutzung neu zu schaffender Kommunikationsforen vorgesehen.

Das Aufgabenspektrum des Dezernates 15 „Korruptions- und Umweltkriminalität“ im Einzelnen:

1. Grundsatz, Koordination:

- In dem Dezernat wird ein Sachgebiet „Grundsatzfragen, Koordination“ eingerichtet, in dem erfahrene Ermittlungsbeamtinnen und -beamte allen an der Korruptionsbekämpfung Beteiligten mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die in den verschiedenen Dienststellen des Landes gewonnenen Erfahrungen – seien sie rechtlicher bzw. taktischer Natur oder aus Gründen der praktischen Beweisführung bedeutsam – werden zentral gesammelt und der Sachbearbeitung reflektiert wieder zur Verfügung gestellt. Hierzu wird eine DV-gestützte „Informationsbörse“ eingerichtet, auf die alle mit Korruptionsaufgaben befasste Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter schnell und unbürokratisch zurückgreifen können.
- In Fällen behördenübergreifender Ermittlungsverfahren wird den jeweiligen Dienststellen „Beratung und Unterstützung“ angeboten.
- „Offene Quellen“ und „Medien“ werden systematisch ausgewertet.
- Überdies wird ein „Bürgertelefon“ ein-

gerichtet, das Hinweisgeber und Betroffene ständig erreichen können. Die Nummer der Hotline lautet: **08 00-5 67 78 78**. Unter dieser Rufnummer, zu der man auf der Telefontastatur die 08 00 und einfach – wie bei der Versendung von SMS – die Buchstabenfolge „KORRUPT“ wählen muss, stehen fachkundige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Ansprechpartner zur Verfügung.

- Darüber hinaus wird ein „Arbeits- und Gesprächskreis Korruption und Umweltkriminalität“ unter Beteiligung der

„... Korruption darf sich nicht lohnen, das Risiko entdeckt und bestraft zu werden, muss so groß wie irgend möglich sein ...“

*Zitat
Innenminister
Dr. Fritz Behrens*

mit Korruptionsfragen betroffenen Strafverfolgungs- und Verwaltungsbehörden eingerichtet, in dem behörden- und ressortübergreifende Erfahrungen und Belange gemeinsam erörtert und Optimierungspotentiale festgestellt werden sollen.

2. Ermittlungen:

- Die Ermittlungsverfahren beim Landeskriminalamt werden auf Fälle

überörtlicher bzw. überregionaler, „struktureller Korruption“ fokussiert. Sie richten sich primär gegen Hintermänner und Initiatoren von Korruption, die auf lokaler Ebene erfahrungsgemäß lediglich am Rande in Erscheinung treten. Dieses wiederum erfordert eine verstärkte Zusammenarbeit und Kooperation mit den jeweiligen Auswerte- und Analysedienststellen.

- Eine (weitere) ermittlungsspezifische Schwerpunktsetzung erfolgt im Bereich der Bekämpfung gravierender Delikte der „Umweltkriminalität“.

Den im Dezernat 15 eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bietet sich nunmehr sicherlich ein neues, reizvolles und nicht ganz alltägliches Arbeitsfeld. Zur Erfüllung der hohen Erwartungen, die allseits an das neue Dezernat gestellt werden, wird allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel Motivation und dazu ein gehöriger Schuss an Gestaltungskraft und Innovation abverlangt werden – und sicherlich bedarf es zur vollständigen Realisierung dieses komplexen Vorhabens auch etwas Zeit.

Trotz aller Hürden, die in den kommenden Wochen und Monaten noch zu nehmen sind, dürfte eines sicher sein: Mit Einrichtung des Dezernates 15 „Korruptions- und Umweltkriminalität“ und dem damit verbundenen Aufbau einer behörden- und ressortübergreifenden Binnenstruktur dürften für NRW zukünftig günstige Voraussetzungen geschaffen werden, um den Verfilzungen zwischen Politik, privater Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung systematischer entgegen treten zu können und Korruption an ihren Wurzeln zu fassen.

*Michael Spindeler,
Landeskriminalamt NRW*

Weitere Infos: www.polizei.nrw.de

Einführung Digitalfunk

„Point of no Return“ erreicht!



Wie bereits in der Streife März 2003 erwähnt, haben im vergangenen Sommer selbst die Optimisten ein Scheitern dieses bundesweiten Projekts für nicht unwahrscheinlich gehalten. Die Annahme, dass das Projekt im Frühjahr dieses Jahres „von der Rampe“ kommt, erschien damals nicht realistisch. Dennoch ist nun der berühmte „Point of no Return“ erreicht.

Um Wunschenken vorzubeugen:

Die WM 2006 wird flächendeckend nicht mit einem digitalen System durchgeführt!

Ob die Einsatzregionen der Spielstätten Dortmund, Gelsenkirchen und Köln sowie mögliche Aufenthaltsorte ausländischer Nationalmannschaften (ca. ein halbes Dutzend werden erwartet; die Orte werden erst nach der Qualifikation gegen Ende 2005 bestimmt) ausgestattet werden können bzw. sollen (Insellösungen!), hängt vom Zeitpunkt der Verfügbarkeit der Systeme ab. Diese Entscheidung wird zu gegebener Zeit gemeinsam getroffen werden.

Wir können alle davon ausgehen, dass ein großer Teil des Jahres 2005 verstreichen wird, um alle rechtlichen Streitigkeiten

zu beenden, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Auftragsvergabe folgen werden. Insofern wird der Kalender wahrscheinlich schon fast das Jahr 2006 anzeigen, wenn nach Aachen die 2. Behörde in NRW über ein digitales System verfügt.

Die letzten Monate

Die Staatssekretäre bzw. Senatoren für Inneres sowie ihre für den Digitalfunk zuständigen Mitarbeiter von Bund und den Ländern haben im Jahre 2003 einen nicht unerheblichen Teil ihrer Zeit damit verbracht, eine so genannte „Dachvereinbarung“ (DV) unterschriftsreif zu verfassen.

Nachdem zunächst lange und eingehend über Starter- und Folgeländer sowie eine

Startervereinbarung diskutiert worden war, einigte man sich darauf, dass eine DV als Voraussetzung für eine gemeinsame Ausschreibung ausreichend sei. Außerdem verständigte man sich über eine Reihe von Fragen – u. a. aus dem Bereich Verfassungsrecht –, die selbst für Eingeweihte so schwer verständlich sind, dass es den Rahmen dieses Artikels sprengen würde, hier näher darauf einzugehen. Nur am Rande sei erwähnt, dass sich die Ministerpräsidenten und der Bundeskanzler mehrfach mit dem Digitalfunk und besagter DV befasst haben.

Was macht die DV nun so wichtig?

Die DV formuliert den gemeinsamen politischen Willen, Digitalfunk flächendeckend in allen Bundesländern eingeführt zu haben und beschreibt u. a. die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien (z. B. Projektorganisation des Bundes und der Länder). Ferner ist darin die ausschreibende Stelle festgelegt und die Verteilung der Kosten der Projektorganisation geregelt. Die DV ist im Intranet unter <http://lv.polizei.nrw.de> im Bereich „IM informiert“ eingestellt. Sie regelt nicht die Verteilung der Gesamtkosten des Projekts, was insbesondere von den Ländern bedauert wurde und fast zum Scheitern der Vereinbarung geführt hätte. Für die, die nicht ins Intranet schauen wollen, hier der Wortlaut zur Kostenverteilung:

§ 15 Kostenverteilung

Die Kostenverteilung muss vor Abschluss der Rahmenvereinbarung (Rahmenvertrag mit dem in der Ausschreibung ermittelten Auftragnehmer) geregelt werden. Der Bund sichert zu, für alle Länder denselben Finanzierungsschlüssel (bzgl. Bundesanteil) anzuwenden.

Die Vertreter des Landes NRW hatten mit diesem Wortlaut weniger Probleme, da sie die Auffassung vertreten, dass aufgrund der hohen Präsenz der Bundesbehörden in unserem Lande der Bund einen großen Anteil an den Gesamtkosten tragen muss. Dadurch wird sich der Kostenanteil für NRW auf ein weniger schmerzhaftes Maß reduzieren.

Wie geht es nun weiter?

Inzwischen ist die Unterzeichnung der DV durch den Bund und die Länder erfolgt. Damit ist die Voraussetzung für eine Ausschreibung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems nach EU-Richtlinien geschaffen.

Auch die konstituierende Sitzung des Lenkungsausschusses (Innenstaatssekretäre; siehe DV) sowie die ersten Koordinierungskonferenzen der Projektgruppen von Bund und den Ländern haben bereits stattgefunden. Damit dürfte der berühmte „Point of no Return“ nun endgültig überschritten sein.

Wenn nicht unvorhersehbare Umstände eintreten, werden die Vergabeunterlagen Ende des Jahres fertig gestellt, abgestimmt und endlich Anfang 2005 veröffentlicht werden. Anschließend erfolgt die Auftragsvergabe als Zielpunkt eines umfangreichen Vergabeverfahrens, deren Zeitpunkt aber jetzt noch nicht benannt werden kann.

Über Einzelheiten wird das IM die Behörden und Einrichtungen in den nächsten Monaten wieder in einer Reihe von Informationsveranstaltungen unterrichten und selbstverständlich wird die „Streife“ beim Fortgang des Projektes „am Ball“ bleiben.

Hermann Böhm –
Projektgruppe Digitalfunk Polizei NRW

ENFORCER
PÜLZ GMBH

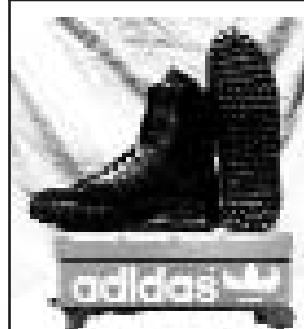


1 Polizei Ausrüstungstasche:

Sie beinhaltet eine Vielzahl von Fächern. Es besteht außerdem die Möglichkeit, einen Schriftzug, je nach Einsatz, anzubringen oder zu entfernen.

Best.-Nr.: 4468

49,90 €



2 adidas GSG9

Schaft aus Rindboxleder, PU-Zwischensohle, griffige Gummi-Sohle mit Noppenprofil, zusätzliche mediale und laterale Stabilisierung,

schwarz, Größen 36-50.

Best.-Nr.: 4611

180,- €



3 Walther Xenon Tactical Lampe

Leichtmetall, spritzwassergeschützt, Xenon Licht, Focusregelbar, incl. 2x 3V Lithium-Batterien

Best.Nr. 7900

22,- €

Besuchen Sie uns:
Mo. bis Fr.: 10.00 bis 18.00 Uhr
Sa.: 10.00 bis 14.00 Uhr

•
Alle Preise
zuzügl. Versandkosten
Neuen Farbkatalog
abholen oder anfordern:

ENFORCER GmbH
Ubstadter Straße 36
76698 Ubstadt-Weiher
Tel. (0 72 51) 96 51-0
Fax (0 72 51) 96 51-14
Filiale BERLIN: Rankestr. 14
www.enforcer.de

Praxisprobleme mit BARVUS und DSM

*Inspekteur Dieter Wehe
besucht den PP Duisburg
und führt sachliche Auseinandersetzung*



v. l. n. r.:

Im Vordergrund ist PHK Mitschker zu sehen.

Er zeigt IdP Dieter Wehe die Probleme mit DSM.

Fotos:

PK Warning und

PHK Mitschker

Nachdenklich und mit handfesten Problembeschreibungen fahren Inspekteur Dieter Wehe und seine Begleiter zurück ins Innenministerium. Am 19. März 2004 besuchten sie die Hauptwache der Polizeiinspektion Süd des Polizeipräsidiums Duisburg, um sich die aktuellen Probleme in der täglichen Arbeit mit dem Dezentralen Schichtdienstmanagement und mit dem bargeldlosen Verwarnungsgeldverfahren anzusehen. Aus Sicht der vor Ort betroffenen Kolleginnen und Kollegen bot sich damit die Gelegenheit, die immer wieder mit diesen Systemen auftretenden „Ärgernisse“ darzustellen.

Während auf Seiten der Polizeiinspektion Süd Beamte der Dienstgruppe A am Gespräch teilnahmen, wurde der Inspekteur der Polizei Wehe von PD Blindenbacher (Verkehr), MR Brungs (Technik) LPD Schankin (Einsatz) sowie einem Vertreter des PPHR, POK Salomon, begleitet. Zunächst stellte PHK Mitschker die täglichen „DSM-Probleme“ aus der Sicht eines Planers dargestellt. Hierbei kristallisierte sich in erster Linie die geringe Arbeitsgeschwindigkeit des Systems als Problemfeld heraus, die in den Vormittagsstunden teilweise zu minutenlangen Verzögerungen der einzelnen Buchungen führen kann. Als weiterer Kritikpunkt wurde angeführt, dass

den Dienstgruppenbeamtinnen/-beamten keine Leserechte für ihre eigenen Personalbögen eingeräumt sind. Abschließend war die fehlende schichtdienstbedingte Funktionszuordnung zu benennen. Allen Befürchtungen eines Vorführeffekts zum Trotz konnte sich der Inspekteur der Polizei bei der anschließenden Demonstration einer DSM-Planung ein Bild von diesen Schwierigkeiten verschaffen.

Im Rahmen einer sachlichen Diskussion dieser Kritikpunkte gerieten aber auch die Vorteile des Systems aus Sicht eines Planers nicht aus dem Blick. Die früher teilweise zeitaufwendigen Auswertungen wie Mehrdienst, Nachdienststunden etc. minimieren sich auf einen Tastaturdruck, durch den der Planer alle notwendigen Daten für seine vorzunehmende Planungstätigkeit erhält. Darüber hinaus entsteht eine Planungstransparenz, die kräfteintensive Zeitlagen besser vorausplanbar macht.

Im zweiten Teil des Gespräches stellten die Beamten die Probleme des BARVUS-Verfahrens in der Praxis dar. Im Vordergrund stand die noch nicht ausreichende Akzeptanz der Bürger gegenüber dem bargeldlosen Zahlungsverfahren. Die Gesprächsteilnehmer waren sich darüber im Klaren, dass es erstrebenswert wäre, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den bargeldlosen Zahlungen und dem Zahlungsverfahren herzustellen. Auf Grund

der kurzen Einführungsphase bleibt es aber abzuwarten, inwieweit sich die Akzeptanz des Bürgers gegenüber dem Verfahren in der Zukunft entwickelt. Daher sollten aus den vorliegenden, teilweise negativen Erkenntnissen keine voreiligen Rückschlüsse gezogen werden.

Letztendlich wurde festgestellt, dass die in der Praxis vorhandenen Probleme bereits bekannt waren und aber diesbezüglich intensiver und gemeinsam nach Änderungen gesucht werden muss.

- häufiger Abbruch des Onlineverfahrens bei Vorlage von EC-Karten
- fehlende Onlineverbindung bei Durchführung des Verfahrens an bestimmten Örtlichkeiten („Sendeloch“)
- kein praxistgerechter Einsatz des BARVUS-Gerätes bei Fußstreifenförmigkeit auf Grund der Größe des Gerätes

In diesem Zusammenhang sprach der Inspekteur der Polizei eine Entlastung der Beamtinnen und Beamten der Dienstgruppen an. Geprüft werden soll, ob durch nicht gezahlte Zahlscheine anfallende Owi-Anzeigen von Mitarbeitern einer zentralen Anzeigenbearbeitung gefertigt werden können.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass durch die offene Gesprächsföhrung und die Bemühungen, erkannten Problemen möglichst Einhalt zu gebieten, die Stimmung und damit der gesamte Gesprächs-



v. l. n. r.: LPD Schankin, POK Salomon, PK Warning, IdP Wehe, PK Escher, PK Mißhoff, PD Blindenbacher



v. l. n. r.: PK Warning, IDP Wehe, PK Escher

verlauf in positiver Erinnerung bleiben werden. Wünschenswert wäre es, derartige Gespräche, in denen aktuelle Probleme des Wachdienstes dargelegt werden können, nicht als einmalige Veranstaltung ad acta zu legen.

PK Warning, PP Duisburg

Darlehen supergünstig ^{*1)} nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Laufzeit, bei 30 000,-€, mtl. *330,-€, bei 60 000,-€, *659,-€ Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie, Festzinsgarantie ges. Laufzeit ab Nominal 5,2%, effektiver Jahreszins ab 5,96%, b. 12 Jahre, Superangebote auch zu Lfz. 20 Jahre und 25 Jahre, Kürzere Laufzeit bei Gewinnanteilsverrechnung. ^{*1)} Extradarlehen nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag, Supergünstige Annuitätenhypotheken, Beleihung bis 100% plus EHZ, Schulafreie Eurokredite bis 100 000,-€ mit Tilgungsversicherung, Vorfinanzierung der Eigenheimzulage, Gute Angebote an Angestellte/Arbeiter/ö.D. Sprechen Sie vertrauensvoll mit uns. AK-Finanz wählen – eine clevere Entscheidung, Supergünstige Lebensvers.-Darlehen an Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst.

Ja! Bitte jetzt Info anfordern. **Mein Wunsch:** _____ €
Name: _____ **keinerlei Vermittlungskosten**
Straße: _____ **Beraterkompetenz mit über 30jähriger Erfahrung**
Ort: _____ **Internet: www.ak-finanz.de**

Info und Sofortangebote
unter Servicenummer
0800/1000 500
Zum Nulltarif!

Darlehenspartner für öffentlich Bedienstete und Beamte, wir wählen für Sie supergünstige Möglichkeiten aus.
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen,
Faxabruf: (06 21) 62 86 09, Telefax: (06 21) 51 94 88, www.ak-finanz.de
Info per Post / Tel. zusätzlich bundesweite Vorortinfo wählbar, zum Nulltarif

Videoeigensicherungs- system im Funkstreifenwagen

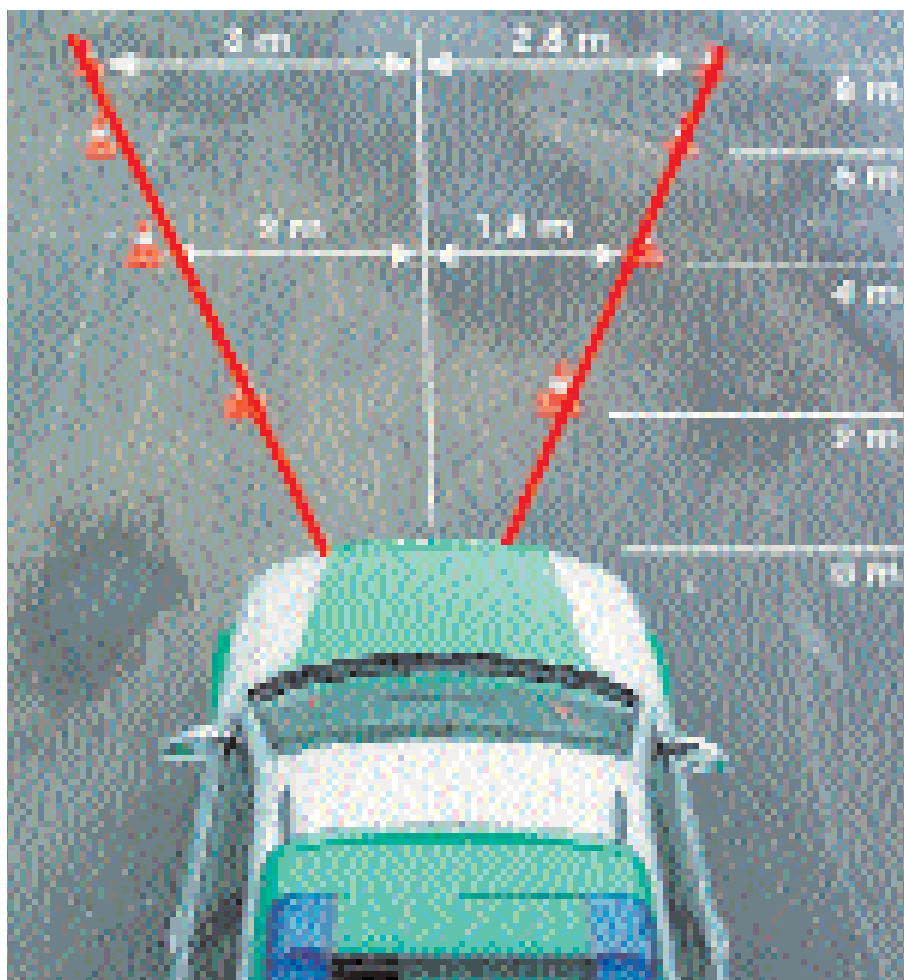
Seit nunmehr November 2003 ist das Videoeigensicherungssystem in den neuen nordrhein-westfälischen Funkstreifenwagen eingebaut. Zeit genug, um ein erstes Fazit ziehen zu können und wertvolle Tipps für den täglichen Dienst weiter zu geben.

Mit dem Einsatz des Videosystems sollte das Eigensicherungsverhalten der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei Personen- und Fahrzeugkontrollen unterstützt werden. Potenzielle Täter sollten zudem von der Begehung einer Straftat gegenüber den einschreitenden Beamtinnen und Beamten abgehalten werden.

Nunmehr liegen erste Erfahrungswerte aus den Polizeibehörden vor. Ob und wie viele Übergriffe durch die neue Videotechnik gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten verhindert werden konnten, ist schwer beurteilbar.

Allerdings, obwohl nicht originär dafür beschafft, war das Videoeigensicherungssystem bei der Beweissicherung von Straftaten im Straßenverkehr besonders effektiv. In einigen Behörden konnten z. B. Verfolgungsfahrten und Ausfallerscheinungen bei Trunkenheitsfahrten beweisicher dokumentiert werden.

In den Polizeibehörden diskutieren derzeit Kolleginnen und Kollegen aber auch über die optimale Handhabung des Systems. Sie haben im täglichen Umgang mit dem



Das technisch mögliche Blickfeld der Videokamera. Personen, Fahrzeuge etc., die größer als 2 Meter sind, benötigen zur korrekten Aufnahme mindestens 5 Meter Abstand zum Objektiv.

System dessen taktische Möglichkeiten und technischen Grenzen ausgelotet.

Im Fahrzeug selbst können die aufgenommenen Sequenzen bestimmungsgemäß nicht angeschaut werden. So kommen erst später bei der Auswertung der Filme Mängel ans Tageslicht. Um auch einem größeren Kreis von Kolleginnen und Kollegen

die Möglichkeiten und die Grenzen des Systems bewusst zu machen, wurden z. B. beim Polizeipräsidium Köln Handhabungsvorschläge für das Videoeigensicherungssystem im Intranet vorgestellt. Kurze Videosequenzen i. V. m. Handhabungshinweisen lassen keine Fragen mehr offen.

<http://lv.polizei.nrw.de/koeln>

Hier und da gibt es auch Kritik am Videoeigensicherungssystem. Zitat eines Kollegen: „Soll ich den mein Eigensicherungsverhalten nach der Technik ausrichten?“

Die Antwort kann nur lauten: „Nein, dass sollst Du nicht! Du solltest aber immer im Hinterkopf behalten, was die Technik leisten kann und wie sie Dich bei Deinem Eigensicherungsverhalten oder bei der Beweissicherung unterstützt. Du musst die Technik letztlich nur bestimmungs- und situationsgerecht einsetzen.“

Beispiele für nicht optimale Handhabungen des Systems:

Das erste Foto zeigt den Aufnahmewinkel der Videokamera. Dabei sind die aufnahmetechnischen Grenzen des Objektivs deutlich sichtbar.

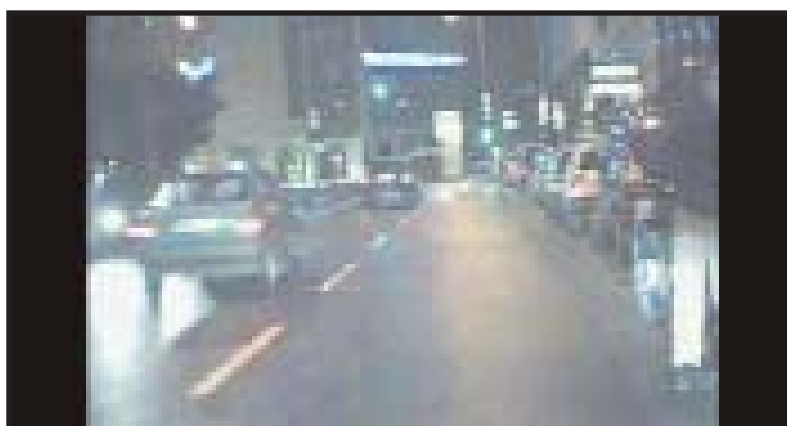
Ausgehend von diesen Erkenntnissen sollte beim Anhaltevorgang – wenn möglich – ein Mindestabstand von 8 Metern zum angehaltenen Fahrzeug bzw. zu den kontrollierten Personen eingehalten werden. Wird dieser Abstand nicht eingehalten, so werden bildtechnisch „Köpfe abgeschnitten“ oder es fehlen Bereiche der Gesamtsituation.

Sicher, in der Stadt sind derartige Abstände nicht immer machbar, man sollte sich aber des Problems bewusst sein und vielleicht bei der Auswahl des Anhalteortes Alternativen vorsehen.

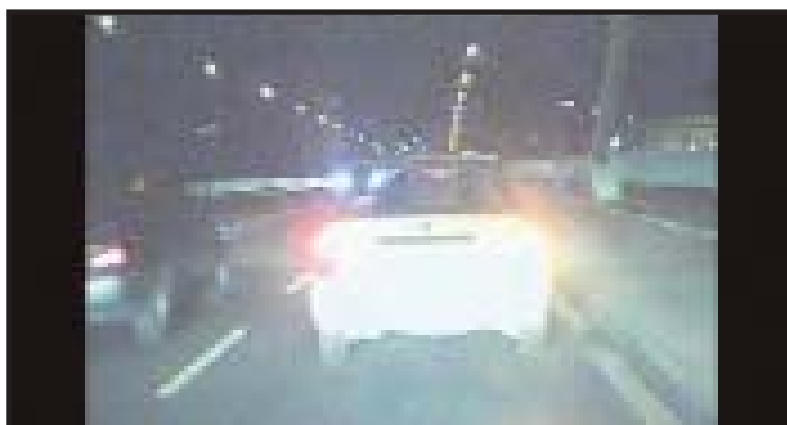
Wenn möglich, sollte der Funkstreifenwagen auch so aufgestellt werden, dass die kontrollierten Personen immer im Blickfeld der Videokamera stehen. Wenn das erreicht wurde, sollte die Personenkontrolle nicht außerhalb des Blickfeldes, z.B. auf den Gehweg, verlegt werden. Personen die außerhalb dieses Bereiches stehen, lassen sich eventl. vor den Streifenwagen bewegen.



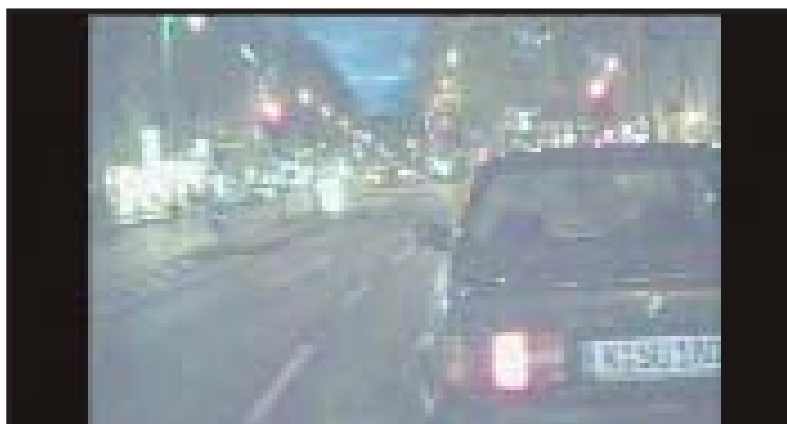
Deutlich ist erkennbar, dass ein 2-Meter-Abstand keine verwertbaren Ergebnisse erzielt. Dem Objektivwinkel fehlt die Höhe und die Breite.



Auch das Halten neben dem angehaltenen Fahrzeug ist im Sinne des Videoeigensicherungssystems nicht „erfolgsversprechend“.



Das Fernlicht verhindert, dass das amtliche Kennzeichen von der Videokamera aufgezeichnet werden kann.



Die Personenkontrolle neben dem Fahrzeug entzieht sich dem Blickfeld der Videokamera!
Fotos:
Intranet des PP Köln



Festnahme
im Blickfeld
der polizei-
lichen
Videokamera
Foto:
Jochen Tack

Auf dem Armaturenbrett dürfen keine Gegenstände, wie z. B. das Klemmbrett oder das Fahrtenbuch liegen. Die hellen Unterlagen reflektieren das Sonnenlicht in das Objektiv und mindern so extrem die Qualität der Aufnahmen.

Ein besonderes Problem stellt sich bei nächtlichen Fahrzeugkontrollen dar. Aus taktischen Gründen wird das Fernlicht von Kolleginnen und Kollegen beim An-

haltevorgang eingeschaltet. Das verhindert aber, dass das amtliche Kennzeichen von der Videokamera aufgezeichnet werden kann. Das Fernlicht reflektiert auf dem Kennzeichen und fällt zurück ins Objektiv. Überbelichtet ist so nichts zu erkennen. Anders als bei Radarfotos ist das Kennzeichen auch bei einer nachträglichen Bearbeitung nicht mehr sichtbar zu machen.

Die Lösung: Nur kurz das Standlicht einschalten, so wird das Kennzeichen dokumentiert. Die Herstellerfirma arbeitet derzeit an einer technischen Lösung auch mit eingeschaltetem Fernlicht optimale Ergebnisse zu erzielen.

*Volker Kerber, BR Düsseldorf –
Carsten Pitzer, BR Arnsberg*

Rechliche Grundlage:

§ 15b PoIG NRW

Datenerhebung zur Eigensicherung

Die Polizei kann zur Abwehr einer Gefahr im Sinne des Art. 1 Abs. 1 zum Zwecke der Eigensicherung bei Personen- oder Fahrzeugkontrollen Bildaufnahmen und -aufzeichnungen durch den Einsatz optisch-technischer Mittel in Fahrzeugen der Polizei herstellen. Der Einsatz der optisch-technischen Mittel ist, falls nicht offenkundig, durch geeignete Maßnahmen erkennbar zu machen oder der betroffenen Person mitzuteilen. Die Bildaufzeichnungen sind am Tage nach dem Anfertigen zu löschen. Dies gilt nicht, wenn die Aufzeichnungen zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten benötigt werden. Art. 24 Abs. 6 und 7 bleibt unberührt.

Erlass Innen- ministerium NRW:

Aktenzeichen - 41.2 - 6701/1804

vom 18. Dezember 2003

Datenerhebung zur Eigensicherung
gemäß § 15 b PoIG NRW



Polizist und Journalist

– der Polizeisprecher zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Teil 2

Das Ereignis ist austauschbar

Was hat der Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001, der Bahnunfall Eschede, der Fall Sebnitz oder der Erfurter Amoklauf mit dem Umgang mit Medien nach einem Schusswaffengebrauch in der eigenen Behörde zu tun?

Man vermutet zunächst keine direkten Zusammenhänge. Doch gerade diese außergewöhnlichen Ereignisse belegen veränderte Denk- und Arbeitsweisen der Medien, insbesondere der elektronischen Medien, aber auch der Polizeipressestellen.

Nicht jeden Tag findet Erfurt statt, aber auch bei einem durch finalen Rettungsschuss getöteten Geiselnahmer, bei unbeabsichtigten Schussabgaben durch Polizeibeamte mit folgenschwerem Ausgang für Bürger und bei durch Schusswaffenabgabe eines Rechtsbrechers getöteten Polizisten sind erste Medienvertreter Minuten nach dem Ereignis vor Ort, eine Sondersendung löst die andere ab. Live-Berichterstattung via Satellit, Sondersendungen, mehr Journalisten vor Ort, prosperierende Medienanfragen bei den Polizeipressestellen, eingeforderte Be-

troffenheitsdarstellungen, erfragte Bürgermeinungen, bis hin zu Talkshows, die sich mit dem Fall auseinandersetzen sowie szenische Darstellungen der Handlungsabläufe, das sogenannte „Reenactment“ sind bereits Realität. Das Ereignis selbst ist austauschbar.

Top-Themen für die Medien

Wenn Live-Berichterstattung sich auf das Thema fokussiert, dazu Sondersendungen in elektronischen Medien und Online-Redaktionen laufen, Infotainment (Kombination von Information und Unterhaltung) mit Betroffenheitsfernsehen sowie szenische Nachstellungen der Handlungsabläufe eingesetzt werden, dann sprechen diese Parameter deutlich dafür, dass es sich für die Medien um ein Top-Thema handelt.

Veränderte Medienlandschaft und die polizeiliche Antwort darauf

Datenkompression, Konvergenztechnologien, cross-media, der Journalist als Generalist mit Digitalkamera, Satellitenübertragung und Schnittpunkt vor Ort be-

EPHK Harry Kolbe
verh., 2 Kinder
Hobby: Volleyball, Inliner, Theater



- 1969 Eintritt in die Polizei
anschl. Posten und
Streifendienst
- 1977 Laufbahnwechsel
anschl. WDF/DGL/Fachlehrer PP Köln/PP Bonn/BPA
- 1986 Stellv. Hundertschaftsführer/Leiter EV seit 1990
Leiter Pressestelle
- 1993 Journalistenschule Ruhr
- 1998 Castoreinsatz 98/2000 – Pressesprecher Leitmedien
seit 1995 Dozententätigkeit versch. Stiftungen
– Pressearbeit der Polizei / Krisenkommunikation
- 2000 Fußball-Europameisterschaft NL/BEL.
– Sprecher der dt. Delegation – seit
- 2001 Seminarleitung PFI/IAF -Pressearbeit-/Interview-
training seit
- 2002 Co-Trainer „Krisen als Medienereignisse“ für
Behördenleiter seit
- 2003 Mitarbeit in der UAG 4 WM 2006 – Polizeiliche
Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Veröffentlichung: „Umgang mit der Presse nach einem Schusswaffengebrauch“ in *Polizei & Wissenschaft* (2003), *Eigensicherung & Schusswaffeneinsatz bei der Polizei*



* Michael Konken
Bundesvorsitzender
des DJV und Autor
von Kommunikation
als Mittel der
Krisenbewältigung.

stimmen zunehmend das Bild der medialen Berichterstattung. Der Wettbewerb im Markt nimmt stetig zu, der Zusammenbruch des Anzeigenmarktes, „Kirchpleite“, Zeitungssterben und der tägliche Kampf um die Quote prägen die Medienlandschaft. Leitmedien sind die Navigationshilfe für die anderen Medien, aber auch als Krisenverursacher. Laut Konken* sind die Medien mit 25% die Krisenursache Nr. 1. Damit verbunden ist die Gefahr eines Imageschadens der Polizeibehörde, ja der Polizei schlechthin.

Der 24 Stunden-Betrieb ist die Normalität. Bei uns laufen Tag und Nacht Anfragen von Journalisten ein. Wollten wir diese Zeitfenster mit Pressesprechern abdecken, müssten wir in Bonn 5 Polizeisprecher/-innen mehr einstellen. Daher bilden wir die Kommissare vom Dienst der Einsatzleitstellen, die Dienstgruppenleiter landesweit aus und pilotieren in Bonn

mit home-working außerhalb der Bürodienstzeiten, um für die Medien als kompetente Ansprechpartner bereit zu stehen. Mehr denn je werden O-Töne des/der Verantwortlichen/Entscheidungsträgers/Pressesprechers/Polizisten abgefragt. Draußen und nicht im Präsidium spielt die Musik. Deshalb halten wir nicht nur bei Geiselnahmen und Katastrophen mobile Medienbetreuungsstellen mit moderner Technik vor.

Digitalaufnahmen der Polizei, Pressekonferenzen vor Ort, Poolbildung, Servicestelle für anfragende Journalisten werden zunehmend zum landesweiten Standard. Der enge Draht zu den Entscheidungszentren, dem Behördenleiter und dem Polizeiführer, aber auch zu den stationären Medienbetreuungsstellen ist dabei von zentraler Bedeutung und wird insbesondere durch die Leitmedien erwartet.

Hoher Zeitdruck – für beide Seiten

Bei den Top-Themen erhöht sich der Zeitdruck für beide Seiten. Die Medien brauchen frische News. Wir Pressesprecher müssen unter Berücksichtigung des Datenschutzes, kriminal- und einsatztaktischer Belange sowie der Persönlichkeitsrechte die „Freigabe“ beim Polizeiführer und der Staatsanwaltschaft erwirken.

Lokalberichterstattung /Weltweiter Transfer

Viele Menschen wollen wissen, was um die Ecke passiert. Weltweite Themen, wie das Busunglück in Lyon führen sofort zur Lokalrecherche „Waren Bonner dabei, aus welchem Stadtteil, kann Kontakt hergestellt werden?“ Wir haben mit unseren Lokaljournalisten, mit Leitmedien und Free Lancern, die hin und wieder „ver-

brannte Erde“ hinterlassen, zu tun. Wir in Bonn agieren mit zeitnaher Information über die homepage www.polizei-bonn.de. Zusatzinfos und Bildmaterial, insbesondere bei Fahndungen, kommen beiden Seiten zu gute.

Eine im Jahr 2000 durchgeführte landesweite Abfrage aller Polizeipressestellen

zeigt auf, wie schnell die Medien arbeiten. BMW-Flitzer, Heliberichterstattung, Digitalbildtransfer sind Synonym für Schnelligkeit.

Mit Homepage, Original-Text und -Bild-Service (news aktuell) halten wir mit im Beschleunigungskarussell der Ware Nachricht.

„Wir bleiben dran!“ Dieser Satz steht für Sondersendungen, Infoleisten oder Sachverständige, die sich zu Kriegsabläufen, Unglücksursachen und anderen wichtigen und unwichtigen Dingen zu Wort melden. Der Pressesprecher kann nur am Thema dran bleiben, wenn er kontinuierlich umfassendes Monitoring betreibt. Heute zu wissen, was morgen gefragt wird, ist eine Hauptaufgabe für Pressestellen der Polizei. Hier zeigt sich allerdings auch die Schwierigkeit mit der Aufzeichnung elektronischer Berichterstattung. Wir wissen vielfach nicht wann und wo die Sendun-

gen laufen. Hinweise der Journalisten zu Sendezeiten und Redaktionsreichbarkeiten sind daher für jede Pressestelle hilfreich.

Randthemen

Beim Castoreinsatz spielten Randthemen, wie Unterbringung, „Was machen Sie im normalen Polizeialltag für einen Dienst?“ eine nicht unbedeutende Rolle in der Berichterstattung der Medien. Derartige Themen müssen mit dem zu Interviewenden besprochen werden. Dazu gehören Abläufe, Fragestellungen der Journalisten usw., bis hin zum Wirkungsgrad vor einer Kamera.

Die Pressesprecherin wird nach eigenen Gefühlen nach einem folgenschweren Mobbingfall befragt, der Pressesprecher soll sich nach einem durch rechtswidrigen Schusswaffengebrauch, bei dem sein Kol-





lege zu Tode gekommen ist, zu seiner Wut über den feigen Akt äußern.

Fragestellungen wie diese sind nicht ungewöhnlich. Auch damit sollten sich Pressesprecher/-innen vertraut machen, wohlwissend, dass es ein Drahtseilakt bleibt. Aber auch die nachvollziehbare Bitte, nach einem Raubdelikt oder nach einem Unglücksfall Kontakt zu den Opfern herzustellen, steht in einem besonderen Spannungsfeld.

Chance des 30sec-Statements

Wir Pressesprecher müssen die Zeit nutzen, die Sie, die Journalisten, uns zur Verfügung stellen. In 30 Sekunden muss das gesagt sein, was die Menschen wissen wollen, die Fragen, auf die die Öffentlichkeit Antworten erwartet und die Dinge, die uns wichtig sind. Schon aus diesem Grund haben wir und werden wir die Pressearbeit und damit Pressesprecher und Pressesprecherinnen weiter professionalisieren. Damit die Medienarbeit für die Beschäftigten transparenter wird, ist die enge Koppelung zwischen interner und exter-

ner Kommunikation ein wesentlicher Baustein. Wir müssen deutlich machen, was wir transportieren und was die Medien davon übernehmen, aber auch nicht übernommen haben. Wir müssen dann erklären, warum sich das eine oder andere am nächsten Tag nicht wiedergefunden hat. Wir wollen unseren Service gegenüber den Medien noch weiter verbessern, das ist unser Anspruch als Pressesprecher.

Infotainment und die Folgen

Das Infotainment, oftmals gekoppelt mit Betroffenheitsfernsehen, hat mit dem Amoklauf in Erfurt neue Dimensionen journalistischen Handeins offenbart. Da wird ein Elfjähriger, der noch kurz zuvor mit der Leiche einer Lehrerin konfrontiert gewesen war, in der Johannes B. Kerner Show interviewt. Perfide szenische Nachstellungen verbrecherischer Tatabläufe, wie durch ein TV-Team praktiziert und auch noch durch Medienverantwortliche des Senders als richtig und wiederholbar dargestellt, flimmern zu besten Sende-

zeiten in die Wohnstuben, auch in die Wohnstuben der Opfer, der Hilfs- und Polizeieinsatzkräfte. Daraus ergeben sich zwangsläufig Folgen für die journalistische Arbeit. Vertrauensverlust bei Polizisten führt nämlich sehr schnell zu Stereotypen gegenüber Medienvertretern. Die sinkende Bereitschaft, die eigene Polizeipressestelle aktiv zu unterstützen, um journalistische Arbeit vor Ort oder Hintergrundrecherchen möglich zu machen, kann dann das vertrauensvolle Verhältnis erheblich stören.

Zeugenbefragungen und Beschuldigtenvernehmungen sind vielfach erst nach medialer Präsentation möglich.

Der Leiter einer Mordkommission, der Polizeiführer bei einer Geiselnahme oder Produkterpressung sieht dann den Einsatzserfolg – denn dabei geht es auch um Menschenleben – behindert, ja sogar gefährdet. Täterwissen wird publiziert und kann rechtskräftige Verurteilung infrage stellen.

Ermittlungskommissionen werden in der Öffentlichkeit massiv unter Erfolgs- und damit unter Zeitdruck gesetzt. Dubiose

Unfall- und Verbrechen-Paparazzi verletzen Persönlichkeitsrechte, gefährden den Einsatzserfolg sowie Leben und Gesundheit eingesetzter Polizeibeamter. Die Konsequenz daraus ist der Verzicht auf Sendeformate mit überzogener Gewaltdarstellung und solche, die überwiegend auf die pure Befriedigung der Sensationslust, Voyeurismus und Effekthascherei ausgerichtet sind.

Professionalität

Zahllose Beispiele zwischen Medien und Polizeipressestellen in der Kriminalberichterstattung, bei polizeilichen Erfolgsmeldungen, aber auch bei Großereignissen, wie Demonstrationen, Produkterpressung oder Entführung, zeugen bereits jetzt schon von praktizierter guter Zusammenarbeit, sind aber lange noch nicht Normalität. Professionalität in der Medienarbeit ist daher für beide Seiten wesentliche Grundvoraussetzung, auch bei schwierigen Lagen. Daher setzen wir in Nordrhein-Westfalen bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf ein Ausbildungs- und Fortbildungsnetzwerk.

Angehende Pressesprecher/-innen werden in zwei einwöchigen Ausbildungsmodulen im Bereich Rechtsgrundlagen, Arbeitsweisen der Medien, Interviewtraining, aber auch im Dialog mit erfahrenen Journalistinnen und Journalisten fit gemacht. Für die alten „Pressesprecherhasen“ gibt es dementsprechende Workshop-Angebote als Fortbildungsmöglichkeit.

Die Leitungsebene der Pressesprecher/-innen befasst sich unter Führung des Pressereferates im Innenministerium fallbezogen mit den Grundlagen der Krisenkommunikation. Polizeipräsidenten, Polizeiführer und die Leiter/-innen der Polizeipressestellen trainieren gemeinsam, um auf schwierige Medienlagen vorbereitet zu sein.

Vor fünf Jahren war das unser Anspruch, heute ist das bereits Wirklichkeit.

Für „Morgen“ muss das Anforderungsprofil eines Polizeisprechers und einer Polizeipressesprecherin unter Gesichtspunkten der sich verändernden Medienlandschaft und Gesellschaft weiter optimiert werden.

Die Erfahrungen und Fähigkeiten der in den § 4-, § 2- und Landrat-Behörden eingesetzten Pressesprecher/-in sollten auch bei Organisationsveränderungen genutzt werden, da es sich um geschulte und hochqualifizierte Fachkräfte handelt. Die Tatsache, dass Pressesprecher/-in Polizeivollzugsbeamte sind, hat sich in Nordrhein-Westfalen hervorragend bewährt. Zum einen ist die Innenrecherche bei Medienanfragen gesichert und zum anderen liegen profunde Kenntnisse journalistischen Arbeitens vor.

Die veränderte Medienlandschaft, aber auch das prosperierende Informationsbedürfnis der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Polizeibehörden fordern eine moderne Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen.

Einige Polizeibehörden, so auch das PP Bonn, haben daher die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zusammengeführt, damit nutzen wir Synergieeffekte, sichern eine gute Kommunikation auf allen Ebenen und schaffen damit eine entscheidende Voraussetzung für die gute Zusammenarbeit mit den Medien.

Harry Kolbe, Leiter Presse- und Informationsbüro PP Bonn

Anzeige

www.polizeiladen.com – Tel. 08 00-0 / 73 28 74 89

Urlaub und Reisen

Büsum/Nordsee

gemütl. FeWo für 2–5 Pers., Terrasse/Balkon
– **Winterangebote** –
H. Lange, Wichelweg 37, 25761 Büsum,
Tel. 0 48 34 / 33 94, Fax: 0 48 34 / 96 25 40

Mosel Urlaub auf dem Winzerhof

Fewo. 2–5 Pers. ab 31 € n. Bernkastel
Weingut Ferres · Tel. 0 65 07/57 66
www.weingut-ferres.de

Bad Reichenhall/Bayerisch Gmain (Berchtesgadener Land)

Schönes ruhiges gemütl. Landhaus am Wald mit Bergblick.
EZ u. DZ m. DU/WC, Bk./Terr. a. W., TV – Tel., Frühstück, Sauna, Solarium, Fitnessraum. Pro Pers. ab € 22,-, FeWo f. 2–4 Pers., Parkpl. Prospekt anfordern.
Tel. 0 86 51/6 47 00, Fax 71 70 63

Ostseeförde Schlei

Kompf. FeWo 65 m², 2 Zi., Küche, Bad, Waschma., SAT-TV, bis 4 Pers., direkt in der Heimat der TV-Serie „Der Landarzt“, ideal zum Radfahren, Angeln, Surfen, Wellnesscenter in der Nähe, bei Verträglichkeit mit unserer Hündin ist auch Kommissar Rex willkommen.

Ab 38 €/Tag, Tel. 0 46 41/12 88

www.stumpf-abzeichen.de

PLATINE & IN DEN FOLGENDEN BUNDFÜRSTEN

Hilfsleistungen-Berichtswirtschaften für Einzel und Großhandel
Zinsen bis 3,79%, Kfz bis 3,99%, Baufinanzierung 4,99%,
Kredite mit dem Kredit 28,9% Jährlich, Plus einige weitere bis zu 10% über dem
regulären Leihzins. Soll mit 10% und 10% ist. 100.000 €
Kredit mit 3,79% (Kredit mit 10% über dem regulären Leihzins).

Wohnungsdarlehen: Plus Finanzberatung, Wohnvermittlung
Zinsen bis 3,99%, Kfz bis 3,99%, Baufinanzierung 4,99%,
Kredite mit dem Kredit 28,9% Jährlich, 5% mehr für langfristige Kredite.
30.000 € (Kredit mit 1,34% (Kredit mit 10% über dem regulären Leihzins).

**Altenheim: Zinsen bis zu 3,679%, Kfz bis 3,99%,
Einfach und flexibel wie ein Bsp. Sonderkündigung
ab 1000 €.**

**Charakter: Wir sind stolz zu sein: WOND (Zinsen bis 5,199%,
Kfz bis 3,99%, Baufinanzierung 4,99%,
Kredite mit dem Kredit 28,9% Jährlich, 5% mehr für langfristige Kredite.
30.000 € (Kredit mit 1,34% (Kredit mit 10% über dem regulären Leihzins).**

**Wohnkredit: Gull Finance Kapitalverwaltung GmbH
Kontaktnummer: 05 31 3999 0811
Fax: 05 31 3999 0811 · Fax: 05 31 3999 0811
info@gullfinance.de · www.gullfinance.de**



Alle Schwimmer zum Gruppenfoto, anschließend geht es um die Plätze.

Polizeilandesmeisterschaften im Schwimmen und Retten

– neue Hoffnungsträger räumen ab

Am 4. März 2004 fanden in Köln-Nippes die diesjährigen Landesmeisterschaften im Schwimmen und Retten statt. Der PSV Köln, mit Unterstützung des PP Köln, hatte sich bereit erklärt die Meisterschaften zu organisieren, was der unermüdlichen und allseits bekannten Sportbeauftragten des PP Köln, Petra Nentwich und ihrem Team auch wieder sehr gut gelungen ist. Das Nippesbad, das älteste Schwimmbad der Stadt, war sehr gut vorbereitet, so dass die Kampfgerichtergemeinschaft problemlos die 318 Einzel- und 26 Staffelstarts abwickeln konnte. Ganz besonders erfreulich war die wieder größer werdende Zahl der Pensionäre, zeigt es doch die enge Verbundenheit der Sportler untereinander, auch über die aktive Dienstzeit hinaus. Als Dank für seine Bemühungen um die Pensionäre wurde Manfred Bettermann mit einem Ehrenpreis bedacht.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den Polizeipräsidenten Herrn Steffenhagen. Nach einer Gedenkminute für den viel zu früh verstorbenen Kollegen und Sportfreund Ralf Heidkamp begann der Kampf um die Titel und Qualifikationen für die Deutschen Meisterschaften in Koblenz. Da wir mit Ralf einen echten Leistungsträger verloren hatten, drohten die NRW-Schwimmer wieder in die Bedeutungslosigkeit abzurutschen. Aber das IAF in Selm hatte rechtzeitig ein echtes Talent entdeckt. Thomas Rueter, offensichtlich während des Schwimmunterrichtes aufgefallen, kam sah und siegte. Er konnte alle! 7 Strecken für sich entscheiden – und das auch noch in hervorragenden Zeiten. Für diese herausragende Leistung erhielt er verdient den Ehrenpreis des Innenministers. In seinem Schatten kam eine weitere Entdeckung, Christopher Glaremin – ebenfalls IAF Selm – immerhin mit drei Vizemeistertiteln gar nicht recht zur Geltung. In Verbindung mit den „Alten“ kann ich nun doch auf eine echt starke Herrenmannschaft bei den Deutschen Meisterschaften zurückgreifen.

Bei den Damen standen ebenfalls zwei neue Gesichter ganz oben auf dem Trepp-

chen. Astrid Büngeler vom PP Münster war mit 3 Titeln und einer Vizemeisterschaft die erfolgreichste Dame. Neben ihr siegten Annika Gunkel vom PP Köln und die mehrfache Titelträgerin der letzten Jahre, Sandra Mikovic vom PP Wuppertal. Somit ist auch die Damenmannschaft für die kommenden Aufgaben gut aufgestellt.

Sehr erfreulich war auch die Teilnahme an den Altersklassenwettbewerben. Viele hatten den Weg nach Köln gefunden, um sich der Konkurrenz zu stellen. Dies macht deutlich, wie gesund und leistungsfördernd gerade der Schwimmsport ist und in welcher Breite er betrieben wird. Gerhard Kowalzik vom LR Olpe konnte hier die meisten Titel (3) erringen und qualifizierte sich mit 50 Jahren noch für die Deutschen Meisterschaften in



Nicole Koch siegte über 50m Freistil vor Simone Reger und Anne Smikalla

LESERBRIEFE

Koblenz. Sein 2. Platz in der Gesamtwertung des Rettungsmehrkampfes ließ auch viele junge Sportler aufhorchen. Bei den Damen waren hier einmal mehr Nicole Koch vom LR Bergheim und Petra Reinwald vom LR Märkischer Kreis erfolgreich. Auch sie qualifizierten sich ungefährdet für die DPM.

Die abschließenden Staffelt Wettbewerbe wurden allesamt vom IAF Selm gewonnen (Talentsuche lohnt sich eben). Der Seriensieger (allerdings wegen eines Taucheinsatzes geschwächt) des letzten Jahres, PP Wuppertal, musste sich jeweils mit dem zweiten Platz begnügen. Der Ausrichter, PP Köln, kam in allen drei Wettbewerben auf Platz 3.

Herzlichen Glückwunsch an alle Sieger und Platzierte. Die detaillierten Ergebnislisten befinden sich auf der Intranet-Seite des PP Köln.

*H.-D. Husfeldt, Landessportwart
Schwimmen und Retten*



Das Landesprojekt *GSL.Net*, Heft 3/2004

Ich habe eine Vielzahl von Reaktionen auf meinen Bericht zur IT-Unterstützung bei Größeren Schadenslagen (GSL.net) in der STREIFE bekommen, die bestätigen, dass eine solche Programmentwicklung auch vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage dringend notwendig war. Eine Reaktion hat mich jedoch persönlich betroffen gemacht. Aus dem Bereich des PP Essen, welche als Pilotbehörde fungiert hat, wurde kritisch angemerkt, dass ich die Arbeit der Mitarbeiter/innen dieser Behörde an der Vorbereitung und Durchführung einer Vollübung für den Programmtest mit über 500 Beteiligten mit keinem Wort erwähnt habe.

Ich möchte an dieser Stelle klar stellen, dass ein Programmtest und somit die Fertigstellung dieses Programms ohne die engagierte Mitarbeit jeder Kollegin und jedes Kollegen an der Vorbereitung und Durchführung der Vollübung nicht möglich gewesen wäre. Sollte die Nichter-

wähnung dieser Leistung – an einem Wochenendtag – dazu geführt haben, dass der Eindruck entsteht, ich würde diese Arbeit nicht würdigen, so bitte ich das zu entschuldigen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich auf diesem Wege ausdrücklich für die jederzeit konstruktive und engagierte Mitarbeit bei allen Mitarbeiter/innen des PP Essen bedanken.

*Thomas Rossen, Projektleiter *GSL.Net*,
ZPD NRW*

Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Die Leserzuschriften werden auch im Internet in www.streife-online.de veröffentlicht, soweit nicht ausdrücklich widersprochen.

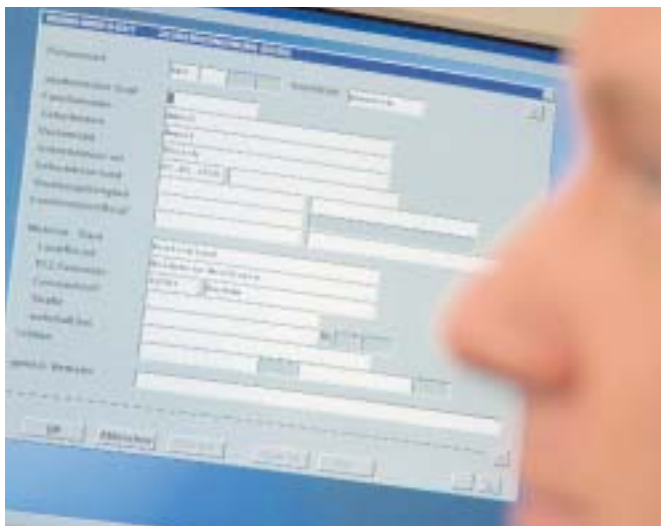


Thomas Rueter siegte über 50 m Brust vor Stephan Mommertz und Michael Hahnelt



Sieger über 100 m Freistil Thomas Rueter (0:51,53) mit Christopher Glaremin, Frank Bröckelmann, Hans-Dieter Husfeldt und Thomas Brand

Vorschau auf die Juni-Ausgabe



Was macht eigentlich IGVP, Teil 3

Nachdem in den ersten Folgen am Beispiel „VU-Flucht mit Personenschaden“ erläutert wurde, wie das Integrationsverfahren Polizei (IGVP) den Wach- und Wechseldienst und die Sachbearbeitung bei der Aufnahme von Sachverhalten unterstützt, wird in der Juniausgabe erläutert, was IGVP an Auswerte- und Recherchemöglichkeiten bietet.

KTU-Lehrgang in Pakistan

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Rahmen bilateraler Kontakte dem Staat Pakistan eine Ausstattungshilfe in Form von Spurensicherungskoffern für kriminalistische Tatortarbeiten geleistet. Zusätzlich wurde eine Einführungsveranstaltung zur sachgerechten Nutzung durch deutsche Spezialisten vor Ort durchgeführt. Kollege Wolfgang Thiel vom Polizeipräsidium Wuppertal war in Islamabad und berichtet in der nächsten Ausgabe von seinen Erlebnissen bei der Schulung der pakistanischen Polizeibeamten.



Rätselgewinner März 2004

Herzlichen Glückwunsch, Bärbel Kurth (Gummersbach), Karin Junk (Mülheim a. d. R.), Melanie Ilmer (Olsberg), Michael Konakowski (Gelsenkirchen) und Norman Uhorczok (Bedburg). Sie haben die elektrische Zahnbürste von Oral-B professional Care 7000 gewonnen. Die Redaktion „Streife“ wünscht Ihnen viel Erfolg beim Zähneputzen.



Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe war der **7. 5. 2004**, für die Juli-Ausgabe der **7. 6. 2004**.

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Verantwortlich: Dieter Spalink,
Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Ralf Hövelmann, Sabine Severing,
Bettina Niewind

Anschrift der Redaktion:
Innenministerium NRW
– Öffentlichkeitsarbeit –
– Redaktion „Streife“ –
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (02 11) 8 71-23 66,
Fax (02 11) 8 71-23 44
CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife-online.de
E-Mail: streife@im.nrw.de

Layout: Günther Franken

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
VVA Kommunikation GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 73 57-0,
Telefax (02 11) 73 57-507.

Anzeigenverkauf: Petra Hannen
Tel. (02 11) 73 57-6 33,
Anzeigentarif Nr. 19 vom 1. Oktober 2003.
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streife“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Druck auf 100% Recyclingpapier.

Bezugsbestimmungen:
Die „Streife“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).

Werbung

E-Plus

folgt